



ROTE HILFE 2024 100 JAHRE / 25 JAHRE ROTE HILFE

2024 Das GANZE Jahr über **A**n verschiedenen Orten

VERANSTALTUNGEN

VORTRÄGE

FILME

MUSIK

FESTE FEIERN



UJZ KORN,
KINO IM SPRENGEL, PAVILLON, u.a.

Kontakt

Rote Hilfe Hannover
c/o UJZ Kornstraße
Kornstr. 28/32 | 30167 Hannover

webseite
<https://hannover.rote-hilfe.de/>

Beratungen im UJZ Korn*:

Jeden 1. Sonntag im Monat ab 16.00 Uhr

Jeden 3. Montag im Monat ab 19.00 Uhr

* Kornstrasse 28-32, 30167 Hannover – Nordstadt
Haltestelle Kopernikusstrasse

V.i.S.d.P.

A. Sommerfeld
PF 32 55, 37022 Göttingen



Übersicht 25 Jahre Rote Hilfe e.V. OG Hannover

09.03., 20.00	Film Saint Omer	Kino im Sprengel
14.03., 20.00	Film Tearing Walls Down	Kino im Sprengel
15.03., 19.00	Zur Situation im Iran	UJZ Korn
18.03., 18.00	Demonstration zum 18.03.	HBF Hannover
18.03., abends	Zusammenkommen	UJZ Korn
22.03., 19.00	Freiheit für die inhaftierten Sündenböcke des Massakers von Pylos!	UJZ Korn
25.03., 17.00	Antifa Cafe Thema Repression	APOtheke / Kulturfabrik Löseke Hildesheim
11.04., 20.00	Solidaritätskneipe für die Beschuldigten im Budapest - Verfahren	Sturmglöcke
12.04., 19.00	Lesung und Information zum Fall Mumia Abu Jamal	verdi höfe
30.04., 20.00	Antirepressionskneipe	LKA Linden
01.05.	1. Mai	
04.05., 19.00	Bernd Köhler musikalisch-literarisches Programm zu 33	kargah
08.05., 17.00	Kundgebung zum Tag der Befreiung	Mahnmal Gerichtsgefängnis
14.05. ?	Theaterstück „Der Prozess des Hans Litten“	Gedenkstätte Ahlem
22.05., 19.00	Veranstaltung zu Berufsverboten	Celle Bunttes Haus
06.06., 20.00	Lieder sozialer Bewegungen Holger Kirleis	Pavillon workshop e.V.
28.06., 17.00	Begegnung	Pavillon
28.06., 17.00	Ausstellungseröffnung 100 Jahre RH	Pavillon
28.06., 20.00	Grenzgänger Konzert	Pavillon
05.07., 19.00	Rolf Becker liest Erich Mühsam	Pavillon
06.07.	Demonstration zum 30. Todestag von Halim Dener	
06.07., abends	Lucha Amada Konzert und Party	UJZ Korn
30.07., 20.00	Antirepressionskneipe	LKA Linden
30.08., 17.00	Solidarität mit Cuba – Antifaschismus ist international	Freizeitheim Vahrenwald
27.09., 19.00	Veranstaltung zu Leonard Peltier	Freizeitheim Linden
Nov. / Dez.	Oury Jalloh Mobilisierungsveranstaltung	?

Veranstaltungsorte:

APOtheke in der Kulturfabrik Löseke, Langer Garten 1, 31137 Hildesheim
Buntes Haus Celle, Hannoversche Straße 30 f , 29221 Celle
Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4, 30451 Hannover
Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92, 30165 Hannover
Gedenkstätte Ahlem, Heisterbergallee 10, 30453 Hannover
Kargah, Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover
Kino im Sprengel, Klaus-Müller-Kilian-weg 2, 30167 Hannover
LKA Linden, Fröbelstraße 5, Eingang über den Hinterhof, 30451 Hannover
Mahnmal Gerichtsgefängnis, Lister Meile / Berliner Allee vor Eingang Pavillon
Sturmglöcke, Klaus-Müller-Kilian-weg 1, 30167 Hannover
Pavillon Hannover, Lister Meile 4, 30161 Hannover
Pavillon Hannover workshop e.V. (Pavillonseite zum HBF)
UJZ Korn, Kornstr. 28, 30167 Hannover
ver.di Höfe, Goseriède 10, 30159 Hannover

Dank für allgemeine und besondere Unterstützung

AFK 37- Antifaschistisches Kollektiv, Annabee Buchladen, Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit, ASTA Uni Hannover, ATIF, Autonomes Feministisches Kollektiv, Azadi, Bildungswerk ver.di, Bündnis 08. März Hannover, Bernd Köhler, Bettina Franke, Cuba Si, Die Falken Bezirk Hannover, Die Grenzgänger, Ermittlungsausschuss Hannover, Fédération Internationale des Résistants, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Forum der iranischen Demokrat*innen und Sozialist*innen Hannover, Frauenrat Ronahi, Freiheitsfoo, Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Hannover, Gemeinsam Kämpfen, Hans-Litten-Archiv e.V., Holger Kirleis, Initiative gegen Berufsverbote Hannover, Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, Interventionistische Linke Hannover, Joachim Romels, Jump Up, Kampagne Halim Dener, kargah, Kino im Sprengel, Lila Hilfe e.V., Linksjugend solid, Lucha Amada, Nav-Dem Hannover, Otto Brenner Akademie, Pavillon Hannover, Prison`s Dialogue, Radio Flora, Rolf Becker, SDS, Seebücke Hannover, Solinet Hannover, Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Sturmglöcke, TOKÁTA – LPSG RheinMain e.V., UJZ Korn, VVN – BdA Hannover, Women Defend Rojava, YDG - Neue Demokratische Jugend,

Vorwort

Die Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. Hannover wird
im Jahre 2024 25 Jahre alt.

Der politische Erfolg einer Antirepressionsorganisation ist schwer abzuschätzen. Zumindest in einer Hinsicht aber ist er sichtbar: Die Ortsgruppe wächst an Mitgliedern. Hatte die Rote Hilfe e.V. in Hannover zum Gründungszeitpunkt knapp über 20 Mitglieder, ist sie in den 10 Jahren seit der Gründung der Ortsgruppe auf über 200 Mitglieder angewachsen und hat momentan ca. 500 Mitglieder. Wir hoffen, daß die wachsende Mitgliederzahl ein auch gewachsenes Bewusstsein über die Notwendigkeit der Solidarität anzeigt. Was wir zur Gründung der Ortsgruppe dazu geschrieben haben, ist immer noch gültig (siehe nächste Seite).

Zum 10-jährigen Jubiläum hatten wir geschrieben (und auch das ist immer noch gültig): „Angeichts des Zustandes der Gesellschaft mit der sich erweiternden Schere zwischen arm und reich (Stichwort Hartz IV), dem weiteren Abbau demokratischer Rechte (Stichwort Versammlungsgesetz) und massiver Aufrüstung der Repressionsorgane (Stichwort Überwachungstechnologien) ist die Rote Hilfe notwendiger denn je. Werdet Mitglied!“



Nichts davon ist erfreulicher geworden. Zudem müssen unsere Mitglieder sich gegen weitere Unzumutbarkeiten zur Wehr setzen. Kriege und Militarismus, wachsender Rassismus und Antisemitismus im Zuge des Erstarkens zum Teil unzweideutig und unverhohlenen faschistoider Organisationen, immer deutlicher zu Tage tretende Folgen der wirtschaftlichen Ausplünderung der Erde mit der einhergehenden klimatischen Veränderung etc. erfordern entschiedenen Widerspruch.

Nicht erst die Abwälzung der Kosten dieser Entwicklungen auf die Bevölkerung zeigt die Brutalität der normalen Verhältnisse. Und doch ist „die Linke“ so zersplittert wie eh.

Die Rote Hilfe als Antirepressionsorganisation kann – und will - nicht in die Debatten um Strategie und Taktik eingreifen, sie kann aber appellieren und dazu aufrufen, diese Debatten solidarisch und konstruktiv zu führen, und vor allem: sich nicht gegenseitig im Stich zu lassen.

„Aktionsprogramm, Parteistatut, Richtlinien und Verhaltenslehren, schöpft nur aus allen Quellen Mut! Ein jedes Kampfsystem ist gut, das nicht versagt vor den Gewehren!“ So Erich Mühsam im Jahre 1920. Die Gewehre nehmen wir heutzutage mal als Metapher.

Ansonsten bleiben wir unabhängig, aber freilich parteilich und werden euch alle weiterhin nach Kräften unterstützen

Aus der Gründungserklärung von 1999:

GRÜNDE

Weil das alles nicht hilft
Sie tun ja doch was sie wollen
Weil ich mir nicht nochmal
die Finger verbrennen will
Weil man nur lachen wird;
Auf dich haben sie gewartet
Und warum immer ich?
Keiner wird es mir danken
Weil da niemand mehr durchsieht
sondern höchstens noch mehr kaputt geht
Weil jedes Schlechte
vielleicht auch sein Gutes hat
Weil es Sache des Standpunktes ist
und überhaupt wem soll man glauben?
Weil auch bei den anderen nur
mit Wasser gekocht wird
Weil ich das lieber



Berufeneren überlasse
Weil man nie weiß
wie einem das schaden kann
Weil sich die Mühe nicht lohnt
weil sie alle das gar nicht wert sind

...

(aus einem Gedicht von Erich Fried)

Gründe, die uns nicht überzeugt haben.

... Die Rote Hilfe hat eine Ortsgruppe Hannover!

Die Rote Hilfe ist eine bundesweite Schutz- und Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke, parteiunabhängig und strömungsübergreifend. Aber die Rote Hilfe ist keine Versicherung und keine karitative Einrichtung. Die Rote Hilfe ergreift Partei für die durch Repression bekämpfte Linke. Die Unterstützungsarbeit sowie die Arbeit über und zu Repression überhaupt soll ein Beitrag zur Stärkung der Linken sein. Ein wichtiges Prinzip der Repression ist die Isolierung: durch öffentliche Diffamierung von Gruppen oder Organisationen sollen diese diskreditiert und schließlich isoliert werden, damit sie nicht mehr in der Lage sind, in Auseinandersetzungen einzugreifen; durch offene Repression sollen sie handlungsunfähig gemacht oder auch ganz zerschlagen werden; Kämpfe sollen entpolitisiert werden, um Solidarität zu verhindern; Angriffe gegen Einzelne greifen diese stellvertretend für Viele an und sollen sie davon abhalten, sich weiterhin politisch zu betätigen. Diese Beispiele sollen Schule machen und Angst verbreiten, damit die GRÜNDE (s.o.) um sich greifen. Aber nicht nur die Angst, auch die Solidarität ist ansteckend.

Gegen das staatliche Konzept der Isolation setzt die Rote Hilfe die Solidarität der Linken. Sie geht dabei von dem Gedanken aus, dass es für die Linke im Kampf gegen die Repression notwendig ist, sich gemeinsam, über alle Partei- und Organisationsgrenzen und über ideologische Unterschiede hinweg zusammenzutun und zu organisieren. ...

Schafft Rote Hilfe!

*Und die Welt ist was Gemachtes (Dota Kehr)
und auch Rote Hilfe muss gemacht werden, damit es sie gibt, daher:
Schafft Rote Hilfe!*

Die Rote Hilfe unterstützt alle, die politische Unterdrückung und Verfolgung – nicht nur in der BRD – nicht hinzunehmen, sondern sich organisieren und dagegen angehen. Nur eine kontinuierlich arbeitende und überparteiliche Solidaritätsorganisation, die mitgliederstark ist, bietet die Gewähr dafür, dass möglichst allen politisch Verfolgten in möglichst großem Umfang geholfen werden kann. Eine bundesweite Solidaritätsorganisation ist notwendig, da sie unabhängig von politischen Konjunkturen kontinuierlich arbeiten und auf Grund eines regelmäßigen Spenden- und Beitragsaufkommens verlässlich und langfristig Unterstützungszusagen machen kann. Sie ist notwendig, um sich für von Repressionen Betroffene auch im kleinsten Dorf und aus allen Teilen der linken Bewegungen verantwortlich zu fühlen. Sie ist notwendig, um auf Gesetzesverschärfungen und Prozesswellen bundesweit reagieren zu können und in der Lage zu sein, bundesweite Kampagnen finanziell und politisch zu initiieren oder zu unterstützen.

Was leistet die Rote Hilfe?

Eine wichtige Aufgabe der Roten Hilfe ist die konkrete finanzielle Unterstützung bei Strafbefehlen und Prozessen. Wir streben an, dass der finanzielle Druck durch Prozesskosten, Bußgelder, Anwält_innenkosten kollektiv getragen wird.

Die Rote Hilfe leistet nicht nur materielle, sondern auch politische Unterstützung. Dies geschieht in Form von Öffentlichkeitsarbeit, Solidaritätsveranstaltungen, Prozessbegleitungen, Betreuung von Gefangenen etc. Mit Veranstaltungen, Flugblättern und Broschüren wirkt die RH darauf hin, dass Aktivist_innen sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Verhaftungen schützen können und um ihre jeweiligen (jedenfalls formalen) Rechte Bescheid wissen. Die Rote Hilfe engagiert sich nach Kräften gegen jegliche Beschränkungen der politischen Bewegungsfreiheit, z.B. gegen Verschärfungen im Versammlungsrecht, gegen Staatsschutzgesetze, gegen den Abbau von Anwält_innenrechten, etc.

Solidarisch sein - Mitglied werden - aktiv sein!

Jeder Mitgliedsbeitrag oder auch jede einmalige Spende ist Ausdruck von Solidarität, hilft und ermutigt trotz politischer Repression weiter zu kämpfen. Die Rote Hilfe kann nur dann ihre volle Kraft entwickeln, wenn sich viele bewusst darüber sind, dass jeder einzelne Mitgliedsbeitrag zählt und sich nicht darauf verlassen wird, dass andere bereits bezahlen. Die Rote Hilfe kann ihre volle Kraft nur dann entwickeln, wenn die Arbeit auf vielen Schultern ruht! Darum gilt:

Schafft Rote Hilfe! Werdet Mitglied der Roten Hilfe!



Einige Veranstaltungen der OG bis 2009



100 Jahre Rote Hilfe – IRH

Auf die Revolution in Russland folgt eine Welle der Konterrevolutionen. Der Weiße Terror: Z.B. in Finnland lag die Zahl der finnischen Arbeiter_innen, die durch den Weißen Terror geschlagen wurden (ob getötet oder zu langen Gefängnisstrafen verurteilt) bei über 100.000: rund ein Viertel des gesamten Proletariats.



In dieser Situation initiierte die Kommunistische Internationale eine internationale Organisation namens „Rote Hilfe“ in vielen Ländern der Welt, deren Einfluss bald weit über die Grenzen der kommunistischen Bewegung hinausreichte.

Angeregt von ehemaligen Gefangenen wurde eine „Internationale Organisation zur Unterstützung der Kämpfer der Revolution“, gegründet - entsprechend dem rus-

sischen Namen MOPR abgekürzt, im deutschen „Internationale Rote Hilfe“ (IRH), im englischen „International Red Aid“ genannt.

Im Dezember 1922 hatte der IV. Kongress der Komintern einen Appell an alle Mitgliedsparteien verabschiedet, die Initiative zu ergreifen, um materielle und moralische Unterstützung für diejenigen zu organisieren, „die ins Gefängnis geworfen, ins Exil gezwungen oder aus irgendeinem Grund gegen ihren Willen aus unseren Reihen gerissen wurden.“, „seien sie nun Parteimitglieder oder nicht“, denn: „Diese Initiative wird durch die Sympathie der breiten Massen für die Sache des Kampfes für die Beseitigung der alten, überlebten Formen des gesellschaftlichen Lebens und ihre Ersetzung durch neue Formen, die den Beginn des Kommunismus darstellen, auf die Tagesordnung gesetzt.“



Socorro Rojo/ Ikaka la Basebenzi / Secours Rouge / International Labor Defense/ Liga Pro Luchadores Perseguidos / Roode Hulp / Norges Roede Hjelp / International Class War Prisoners Aid / Ajutorul Rosu / Röda Hjälpen / Nekon Sekishoku Kyuenkai / Røde Hjaelp / Canadian Labour Defense League / Suomen Punainen Apu / International Class War Prisoners' Aid / Czerwona Pomoc w Polsce / Socorro Vermelho Internacional / Magyarországi Vörös Segely / Soccorso rosso / Međunarodna crvena pomoć /



Ziel dieser Organisationen war es, politisch Verfolgten und ihren Familien zu helfen: „MOPR ist eine überparteiliche Organisation und hat zum Ziel, den inhaftierten Kämpfern der Revolution, ihren Familien und Kindern sowie den Familien gefallener Kamera-

den rechtliche, moralische und materielle Hilfe zu leisten. Die MOPR vereint um sich herum die breiten Massen der Arbeiter, Bauern und kleinen Büroangestellten ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit.“



Im März 1923 erklärte das Zentralkomitee der MOPR den Tag der Pariser Kommune (18. März) zu ihrem Feiertag.

Bereits 1924 zählte die MOPR 22 nationale Sektionen. 1933 bestanden in 71 Ländern Sektionen der IRH. Erster Vorsitzender des Zentralkomitees der IRH wurde Julian Marchlewski, ihm folgten 1925 die damals bereits 68 Jahre alte Clara Zetkin (1925–27) und Jelena Stassowa (1927–37).

Die IRH organisierte Kampagnen zur Unterstützung von Gefangenen, sammelte Material für humanitäre Hilfe und kümmerte sich u. a. um die Kinder von eingekerkerten und ermordeten proletarischen Kämpfern. Das bekannteste Kinderheim der IRH war das auf die Gründung von Mentona Moser im Jahr 1929 zurückgehende Iwanowo. In Deutschland unterhielt die IRH u.a. über mehrere Jahre ein Heim in Worpswede, den „Barkenhoff“ – der RH



Barkenhoff Worpswede

übergeben von Heinrich Vogeler - und eben eines in Elgersburg, das vor 99 Jahren, am 12. April 1925, in Anwesenheit von über 1000 Teilnehmer_innen durch Wilhelm Pieck, dem Leiter der RHD, übergeben worden war und den Namen «MOPR» erhielt.

In den beiden Heimen wurden während eines Jahres rund 500 Kinder - etwa je zur Hälfte Jungen und Mädchen - für jeweils acht bis zwölf Wochen untergebracht.

Die betreuten Kinder kamen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Österreich und Bulgarien.

Die erste große Aktion der neuen Organisation wurde im Oktober 1923 zugunsten der Opfer der Diktatur in Bulgarien gestartet. In Bulgarien hatte die Kommunistische Partei nach einem Militärputsch einen Aufstand begonnen, der niedergeschlagen worden war; dem folgenden „Weißen Terror“ fielen mehr als 5000 Menschen zum Opfer, viele mehr wurden eingekerkert.

Wichtig waren die großen internationalen Kampagnen wie für die Freiheit von Sacco und Vanzetti oder für die Scottsborough Boys, neun schwarze Teenager, die 1931 fälschlicherweise beschuldigt wurden, zwei weiße Frauen vergewaltigt



zu haben. Die Verteidigung wurde vom US-amerikanischen Zweig der IRH, der International Labor Defense, gestellt. Die Prozesse, die Todesurteile und der jahrelange Kampf dagegen trugen dazu bei, den Rassismus des amerikanischen Rechtssystems zu entlarven. Anders als bei Sacco und Vanzetti konnte immerhin ein teilweiser Erfolg erreicht werden.

Die amerikanische Sektion ILD war neben der RHD eine der größten; laut dem Vorsitzenden Cannon hatte das Monatsmagazin der ILD, „Labor Defender“, eine Auflage, die höher war als die der drei wichtigsten Publikationen der Kommunistischen Partei in den USA zusammen. Ende 1926 zählte die ILD 20.000 direkte und 75.000 angeschlossene Mitglieder. Und mehr als in Deutschland zeigte sich hier der überparteiliche Ansatz

der IRH: (Cannon erinnert sich an ein Gespräch mit dem im Exil lebenden

IWW-Anführer Big Bill Haywood) „Zutiefst besorgt über die Verfolgung von Arbeitern in Amerika wollte Haywood etwas für die fast vergessenen Männer tun, die im ganzen Land im Gefängnis saßen. Sie waren überhaupt keine Kriminellen, sondern Streikführer, Organisatoren, Agitatoren, Andersdenkende – unsere eigene

Art von Leuten. Nicht einer von ihnen war Mitglied der Kommunistischen Partei! Aber die ILD hat sie alle verteidigt und ihnen geholfen.“

ILD-Aktivist_innen statteten den von ihnen betreuten Gefangenen häufig persönliche Besuche ab und berichteten im „Labor Defender“ über sie.

James P Cannon, Vorsitzender der IRH in den USA von 1925-1928, ehemals Streikführer der IWW, dann in der Kommunistischen Partei der USA. Im Zuge der Fraktionsauseinandersetzungen aus der Partei und der ILD ausgeschlossen. *„Das Prinzip der Internationalen Roten Hilfe, welches sie so populär und bei den Militanten so beliebt machte, war die überparteiliche Verteidigung ohne politische Diskriminierung. Das Prinzip war Solidarität.“*



Am 1. Oktober 2024 jährt sich die Gründung der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) zum 100sten Mal.



Nach Vorläufern wie der „Frauenhilfe für politische Gefangene“ in München entstanden in der Weimarer Republik in Folge des blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufstandes im mitteldeutschen Industrieviertel im März 1921 die ersten Rote-Hilfe-Komitees. Am 12. April 1921 erschien in der Parteizeitung der KPD „Rote Fahne“ der Appell »Hilfe für die Märzopfer«, denn es hatte eine Massenverfolgung linker Arbeiter eingesetzt. Zahlreiche Familien litten Not, da revolutionäre Arbeiter inhaftiert wurden oder untertauchen mussten. Die Komitees der Roten Hilfe sammelten nun für die Familien, um sie mit Geld, Lebensmitteln und Kleidung zu unterstützen. Sie vermittelten Anwälte für die Angeklagten und sie verhalfen einigen Untergetauchten mit falschen Papieren zur Flucht.

Aus den Komitees ging ab 1924 die Rote Hilfe Deutschland (RHD) hervor, die zu einer der größten und aktivsten Massenorganisationen der Arbeiter_innenbewegung werden sollte. Die RHD war überparteilich konzipiert, und obwohl die KPD immer bestimmend blieb und die meisten Funktionär_innen stellte, wuchs sie auf über 500.000 Mitglieder an, die zum großen Teil keiner Partei angehörten. Ihre Ausstrahlung reichte weit ins bürgerliche liberale Lager, Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Kurt Tucholsky, Karl von Ossietzky, Heinrich und Thomas Mann, Käthe Kollwitz, Heinrich Vogeler, Heinrich Zille, Otto Dix und andere unterstützten die RHD in ihrer Arbeit.



Die SPD-Führung hatte ihren Mitgliedern die Mitgliedschaft in der Roten Hilfe untersagt. Dies trifft z. B. den Detmolder Metallarbeiter Ferdinand Schreck, der dem Reichsausschuss der SPD angehörte und nach 30-jähriger Parteimitgliedschaft wegen seiner Funktionärstätigkeit in der RH aus der SPD ausgeschlossen wurde.

Als internationalistische Organisation gehörte sie der Internationalen Roten Hilfe (IRH) an. Etwa 300 Anwält_innen waren in Deutschland für die Rote Hilfe tätig. Allein

1932 wurden ca. 9.000 Gefangene, 20.000 Angehörige und 50.000 Aktive, gegen die Ermittlungsverfahren liefen, finanziell unterstützt. Um die nötigen Mittel zu erhalten, sammelten die Mitglieder Geld- und Sachspenden. AgitPropGruppen führten gegen Spenden politische Sketche auf.

Die Rote Hilfe organisierte zudem große Kampagnen: Für die Freilassung von politi-



schen Gefangenen, zum Beispiel für Erich Mühsam und Max Hoelz, oder gegen Gesetze wie den § 218, der Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt.

Die RHD gab verschiedene Publikationen heraus: Rechtshilfefibeln, aber auch Romane und Berichte über die Situation in anderen Ländern.

Durch die weitgehende Abhängigkeit von der KPD wurden die innerparteilichen Strömungskämpfe auch in der Roten Hilfe ausgefochten. Vor allem im Jahr 1929, nach der Übernahme der »Sozialfaschismusthese«, kam es auch in der RHD zu »Säuberungen«. Fast 20.000 Mitglieder wurden ausgeschlossen oder traten aus, die RHD verlor an Ansehen unter den Intellektuellen und parteilosen Arbeiter_innen.

Die Organisation ist ab 1933 illegal, viele kleine Gruppen schafften es aber weiterhin organisiert Widerstand zu leisten, Angehörige von Gefangenen zu unterstützen, Flugblätter zu verteilen, Geldsammlungen durchzuführen und vor allem: Genoss_innen zu verstecken und über Grenzen zu schleusen.

Laut Gestapo gelingt es noch bis Ende des Jahres 1934 den Kontakt zu rund 40.000 Mitgliedern zu halten und wöchentlich 8.000 Mark an Mitgliedsbeiträgen zur Unterstützung Verfolgter einzusammeln. Einzelne aktive Gruppen sind noch bis 1938 nachweisbar.





*Arbeiter, das ist eure Pflicht:
 Helft, daß die Kette bricht!
 Dem letzten Kämpfer: Amnestie!
 durch Rote Hilfe schafft Ihr sie!*

Arbeiter das ist eure Pflicht:
 Hört Ihr den Schrei nach Brot
 der Frauen Kinder und Mütter!
 Hunger ist bitter!

Proletarier das ist eure Pflicht:
 Helft, daß die Kette bricht!
 Dem letzten Kämpfer: Amnestie!
 durch Rote Hilfe schafft Ihr sie!

digimag

Aktivist_innen der historischen Roten Hilfe

Drei Beispiele

Maria Krüger

Maria Krüger in einem Interview:

„Die Arbeit in der Roten Hilfe sagte mir am meisten zu: An Gefangene, die keinerlei persönliche Beziehungen zu anderen Menschen außerhalb des Gefängnisses haben, zu schreiben, bei anderen die Verbindung zur Familie wieder herzustellen und vor allem, sich um die Familien zu kümmern, dort zuzugreifen und zu helfen oder bei großer Armut, Lebensmittel, Kleider und Sonstiges, besonders für heranwachsende Kinder zu organisieren u.ä.“ Im Weiteren politisierte sie sich jedoch nachdrücklich und blieb bis zu ihrem Tod politisch in der kommunistischen Bewegung aktiv. So „lernte ich auch, dass unser Tun hier nicht einfach caritative Hilfe für Unglückliche beinhaltete, sondern dass sie



immer verbunden war mit der Weitergabe von Hoffnung, von einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl, von der Gewissheit, damit zur endgültigen Überwindung des Elends beizutragen, dem Recht auf der Seite der Unterdrückten – eben Solidarität!“

Durch die Arbeit in der Roten Hilfe angeregt wurde sie 1931 Mitglied der KPD. „Ich heiratete auch einen Kommunisten und trat selbst auch in die Kommunistische Partei ein. Nun ist man ja, wenn man gerade eingetreten ist, alles andere als ein Kommunist, dazu wird man erst durch das Leben in der Partei. Da mein Mann aber als Jurist am Gericht arbeitete, mussten wir illegal Mitglieder bleiben und konnten am Parteileben nicht teil-

haben. Ich muss sagen, richtig überzeugte Kommunistin bin ich erst durch die Gestapo und SS geworden, wenn das vielleicht jetzt auch etwas zynisch klingt.“

Ein weiteres wichtiges Erlebnis war ein Streik Anfang der 1930er Jahre. „Hier begriff ich, was Klassenkampf ist und was Solidarität bedeutet und bewirken kann, – und welche Verpflichtung deshalb auf uns liegt. Erst in der Aktion selbst habe ich erfahren, worin sich proletarische Solidarität von mitfühlender, caritativer Hilfe unterscheidet: In der völligen Auflö-

sung der Situation Geben und Nehmen! Beide Seiten sind Kämpfer desselben Kampfes, nur an verschiedenen Abschnitten und beide verändern sich selbst während der Aktion.“

Insgesamt war Maria über ein Jahr im Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel



Bauarbeiter und Kommunist Robert Abshagen (links)

(Kolafu) und anschließend im Untersuchungsgefängnis gefangen. Der Prozess, um den es ging, und in den sie selbst „sozusagen als letztes Bremer Anhängsel“ verwickelt war, war das große Verfahren gegen die Widerstandsgruppe um Robert Abshagen, Bernhard Bästlein und Franz Jakob. Diese hatten eine Widerstandsgruppe aufgebaut mit etwa 300 Mitgliedern in über dreißig Hamburger Betrieben und Verbindungen unter anderem zur Gruppe um die Rote Kapelle in Berlin. Maria kam glimpflich davon.

Die ungebrochene strukturelle und personelle Kontinuität des Antikommunismus in der BRD erlebte Maria ganz persönlich: Eines Tages im Jahre 1947 begegnete sie auf der Straße einem Mann, der der führende Gestapo-Beamte in Bremen gewesen war und der sie selbst sowie ihren Mann des öfteren im Polizeihaus am Wall und im Gefängnis in Hamburg verhört hatte. „Als ich meine Irritation darüber ausdrückte, dass er jetzt nicht im Gefängnis säße, sagte er freundlich: ‚Oh nein, ich bin vom ersten Tag an vom CIC (Vorläufer der CIA) übernommen worden. Als Spezialist für die Bekämpfung der Kommunisten.‘“

Maria Krüger war neben ihrer Mitgliedschaft in der GEW auch Gründungsmitglied der VVN und im Demokratischen Frauenbund Deutschland (DFD) tätig, wo sie Schulungsveranstaltungen durchführte.

Von 1951 bis 1959 wurde sie, von der KPD nominiert, Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft. „Während der ganzen Zeit habe ich mich auch immer für die Probleme der Frauen interessiert und in der Bürgerschaft eingesetzt.“

Maria Krüger überstand das KPD- Verbot ohne Verfahren. 1968 beteiligte sie sich an der Gründung der DKP. 1973 versuchte die CDU in Bremen noch einmal, sie mit Berufsverbot zu belegen - „nach 25jähriger Dienstzeit! Das gelang ihr jedoch nicht“.

Otilie Pohl

Die 1867 geborene Otilie Pohl stammt aus einer jüdischen Familie, lernte Putzmacherin (Hutmacherin), arbeitete aber als Bürogehilfin. Sie trat der SPD bei, als Kriegsgegnerin verbreitete sie gemeinsam mit ihrem Sohn Fritz die »Spartakusbriefe« und andere Flugschriften der Spartakusgruppe. 1917 wurde sie Mitglied der USPD und engagierte sich im Vorstand der Konsumgenossenschaft Berlin.

Otilie Pohl stieß 1933 zu einer illegalen Gruppe der RH in Moabit um Rosa Lindemann und Martha Krüger. Diese Gruppe bestand vor



allem aus Frauen und tarnte sich als Kaffee- und Nähkränzchen. Die Aktivistinnen trafen sich in ihren Wohnungen oder in Gartenlauben der Schrebergärten von Roten Helferinnen. Die Gruppe organisierte die Betreuung von Kindern, von denen ein Elternteil verhaftet worden war oder untertauchen musste. Es wurden Geld, Lebensmittel und Kleidung gesammelt. Dafür veranstalteten die Frauen z.B. Kaffeenachmittage mit musikalischer

Begleitung; das gesammelte Geld ging an die Rote Hilfe. „Einige unserer Frauen halfen den Männern, deren Frauen verhaftet waren, in der Wirtschaft und betreuten die Kinder. Wir hatten über dreißig Familien erfasst und konnten manches Leid lindern. Es war für uns eine besondere Freude zu hören, wie froh unsere Genossen in den Gefängnissen und Zuchthäusern darüber waren, dass wir uns um ihre Angehörigen kümmerten und sie umsorgten“, so Rosa Lindemann. Außerdem organisierten Frauen Verteilaktionen für illegale Schriften und Flugblätter. Auch die Unterstützung der Gefangenen und Untergtauchten selbst organisierten die Frauen. Widerstandskämpfer_innen wurden in wechselnden Wohnungen versteckt, versorgt und weitergeschleust.

Vor allem das Halten von Verbindungen war eine hochgefährliche Tätigkeit, da die Polizei versuchte, die illegalen Strukturen mit eingeschleusten Denunzianten zu zerschlagen. Einem dieser illegalen Kreise – vielleicht sogar dem mit Ottilie Pohl – gelang es noch 1935, eine 10-seitige Frauenzeitung der Roten Hilfe in einer Auflage von 1000 Stück restlos zu verkaufen.

Im Juni 1940 verschaffte Ottilie Pohl dem illegal nach Deutschland eingereisten KPD-Instrukteur Rudolf Hallmeyer Unterkunft bei Bekannten. Obwohl er fast täglich sein Quartier wechselte, wurde er am 24. August 1940 verhaftet. Am 28. August 1940 wurden auch Ottilie Pohl und andere ihrer Gruppe festgenommen. Da sie vorher nicht straffällig geworden war, hielt das Kammergericht eine Gefängnisstrafe von acht Monaten für die inzwischen 73jährige für ausreichend. Bis Ende 1941 musste sie ihre Haft im Frauengefängnis in der Kantstraße absitzen. Rudolf Hallmeyer wurde wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zum Tode verurteilt.

Nach ihrer Entlassung setzte Ottilie Pohl die illegale Arbeit fort bis sie kurz nach ihrem 75. Geburtstag am 19. November 1942 aufgrund ihrer jüdischen Abstammung in das KZ Theresienstadt deportiert wurde, wo sie ein Jahr später ums Leben kam.



Wolfgang Abendroth in eigenen Worten

Ich habe in der Roten Hilfe gearbeitet, seit ich Student war. Mit anderen zusammen hatte ich die Verteidigung in politischen Prozessen vorzubereiten und Parteifunktionäre für richtiges Verhalten im Falle der Verhaftung zu schulen. Bei der Vorbereitung von Prozessen haben wir jeweils überlegt, ob man den Hauptakzent darauf legen sollte, eine geringe Strafe zu erwirken, oder ob das politische Auftreten wichtiger war. Wir haben dieses Problem von Fall zu Fall erörtert, eine allgemeine Strategie dafür gab es nicht. ...

... ..

Die Rote Hilfe hatte die Funktion, Solidaritätskampagnen für politisch Inhaftierte einzuleiten und materielle Solidarität zu üben gegenüber Inhaftierten und ihren Familien. So gab es nach der Oktoberniederlage 1923 sehr viele Verhaftungen, also mussten viele Familien versorgt werden. Eine für die Rote Hilfe typische Aktion, bei welcher eine breite Öffentlichkeit mobilisiert werden konnte, war die Kampagne für die Amnestie von Max

Hölz. Dabei ist es wichtig zu wissen, daß Max Hölz, als er verurteilt wurde, nicht Mitglied der KPD, sondern der KAP war und daß die Aktionsformen, die er ... vertreten hatte, sogar vom linken Flügel der KPD ... verurteilt wurden. Hölz hatte nämlich ... militärische Kommando – Aktionen mit eigenen, von ihm mobilisierten Kampftrupps unternommen. Er war im April 1921 vor Gericht gestellt und zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden.

Dieses hohe Strafmaß war extrem ungerecht, vor allem, wenn man bedenkt, daß den Beteiligten am Kapp – Putsch überhaupt nichts geschehen ist und daß die Mörder der Bürgerkriegsperiode aus den Freikorps und der späteren Reichswehr von den Gerichten protegert wurden, während Max Hölz niemanden meuchlings umgebracht hatte. Das Urteil gegen ihn wurde deshalb von den Arbeitermassen als im höchsten Maße ungerecht empfunden, obwohl sie keineswegs mit der politischen Position von Hölz übereinstimmten, sich aber mit einem zweifellos integren Manne identifizierten,

der sein Leben für

die Arbeiterklasse eingesetzt hatte. Wenngleich Max Hölz ein Ultralinker war, war es möglich, in einer sehr breiten Kampagne in ganz Deutschland die gesamte Arbeiter – Öffentlichkeit für seine Amnestierung zu mobilisieren. Es gelang sogar, einen großen Teil der bürgerlichen Intelligenz, z.B. Heinrich Mann, Arnold Zweig, zu gewinnen, die mit den politischen Vorstellungen von Max Hölz überhaupt nichts zu tun hatten und haben wollten, sich aber aus humanitären und rechtspolitischen Gründen für seine Freilassung engagierten. Dies war ein Verdienst und ein wichtiger Erfolg der Roten Hilfe. Nach der Stabilisierung konnte die Amnestie von Max Hölz schließlich durchgesetzt werden. Es wurde ein Amnestiegesetz ausgehandelt, das zu seiner Freilassung führte, allerdings in Wirklichkeit den Zweck hatte, die Nationalsozialisten, die im November 1923 in München einen Putschversuch gemacht hatten, zu amnestieren. ...

Die Kampagne für Sacco und Vanzetti ist ähnlich erfolgreich verlaufen. Sacco und Vanzetti waren zwei italienische Anarchisten, die in den Vereinigten Staaten lebten und zu Beginn der zwanziger Jahre in einem Justizmord – Verfahren zum Tode verurteilt wurden. Es bestand kein Zweifel, daß sie die Täter des Verbrechens, dessen sie angeklagt und für das sie verurteilt worden waren, überhaupt nicht sein konnten. ... Obwohl alle Richter wussten, daß sie Unschuldige hinrichten las-



sen würden, wurde das Todesurteil aufrechterhalten. Deshalb organisierte die Internationale Rote Hilfe zusammen mit der Roten Hilfe Deutschlands eine internationale Kampagne gegen diese Todesurteile. ... Es gelang in Deutschland mit dieser Kampagne, die in den Jahren 1926 und 1927 durchgeführt wurde, Massen in Bewegung zu bringen wie nie zuvor. In allen Städten fanden riesige Kundgebungen statt. Die bürgerliche Intelligenz beteiligte sich ebenfalls. ... Die Stuttgarter Sonntagszeitung, die Weltbühne und Leute wie Egon Erwin Kisch, Arnold Zweig, Lion Feuchtwanger oder Heinrich Mann haben die Kampagne unterstützt ... trotz allem blieb sie erfolglos: beide wurden hingerichtet. Immerhin haben diese Kampagnen der deutschen Arbeiterklasse klargemacht, was die Klassenjustiz bedeutete, unter der die Arbeiter zuerst im Wilhelminischen Reich, dann noch stärker in der Weimarer Republik, zu leiden hatten. ...

Innerhalb der Roten Hilfe wurde der tiefe Graben, der die Arbeiterbewegung durchzog, kaum wirksam. ...

In der gleichen Zeit [ab 1930] hatten wir von der Roten Hilfe noch weitere Aufgaben zu erfüllen, zum einen die Schulung aller Jurastudenten der Roten Studentengruppe für Rote – Hilfe – Arbeit, vor allem für politische Strafverfahren; diese Aufgabe hatte ich damals zu organisieren. Zum anderen führten wir Schulungen durch, wie man sich in politischen Strafprozessen zu verhalten hatte, wenn man angeklagt und Mitglied einer von der KPD geführten Kampforganisation, nämlich des „Roten Frontkämpferbundes“ oder der „Antifaschistischen Aktion“ war oder wenn man in dem „Reichsbanner“ oder in der „Eisernen Front“, beides Organisa-



tionen unter Führung der SPD, organisiert war. ... Beide Leitungen wussten davon und haben diese Schulungen unterstützt, auch in der Zeit der größten Verfeindung. Formell war die Rote Hilfe also von der Sozialdemokratie verteufelt, de facto bestand durch die Rote Hilfe eine Einheitsfront zwischen KPD und SPD. Zu der Zeit, als ich die Schulungen durchzuführen hatte, war ich selber weder Mitglied der KPD noch der SPD, in beiden Parteien war ich verfeimt; ich war seit 1929 Mitglied der KPO. Daß dennoch solche Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe stattfand, zeigt ganz deutlich die große Rolle, die sie als Rechtsschutz- und Solidaritätsorganisation in der Weimarer Periode gespielt hat.

(Leicht gekürzt) Aus: Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Interview, edition suhrkamp 820, Frankfurt/M 1977

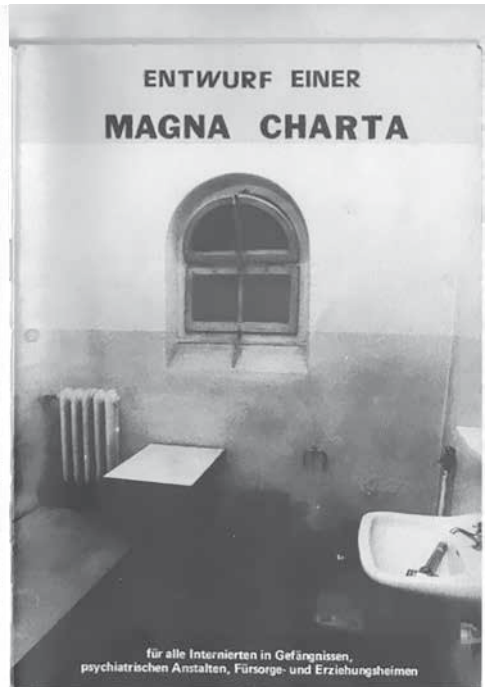
Zu Abendroth siehe: <https://jacobin.de/artikel/wolfgang-abendroth-marxismus-partisanenprofessor> und: <https://wolfgangabendroth.org/>

Die Rote Hilfe ab den 1970ern

rote hilfe

Rote Hilfe

In den 1960er Jahren kam es, fußend auf den Bewegungen der 1950er (Atomtod, „Ohne Mich“, Ostermärsche, etc.) und unter Einfluss der internationalistischen Student_innen aus dem Iran und Afrika, die gegen die Einladungen der lokalen Diktatoren in die BRD protestierten, zu einer neuen Entwicklung der Linken. Mit den Protesten einher gingen politische Prozesse nach Demonstrationen der Jahre 1967 und 1968. Die ausufernde Polizeigewalt gipfelte im Mord an Benno Ohnesorg. Um die Angeklagten zu unterstützen wurde die Rechtshilfe der APO gegründet (wie die Republikanische Hilfe in Frankfurt am Main) und so genannte Ermittlungsausschüsse (EAs) versuchten entlastende Umstände,



Material und anderes zu ermitteln, die Beischaufung eigener Zeug_innen zu organisieren, rechtstheoretische Untersuchungen anzustellen, und nicht zuletzt die Gefangenen zu betreuen.

Erst zu Beginn der 1970er-Jahre entstanden wieder erste Gruppen unter dem Namen „Rote Hilfe“, zum Teil autonom, zum Teil im Umfeld maoistischer Parteigründungen, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die historische Rote Hilfe Deutschland. In den 70er Jahren existierten in der Bundesrepublik und Westberlin an die hundert unterschiedliche



später besorgten sie die Unterstützung von Aktivist_innen neuer sozialer Bewegungen wie der Anti-Atom-Bewegung. Sie gaben Rechtshilfefibeln heraus und machten Öffentlichkeitsarbeit zu den von der Polizei Erschossenen, sie untersuchten die Methoden und Bewaffnung der Polizei, sie erstellten Kritiken zu Verschärfungen von Gesetzen zu Überwachung und des Versammlungsrechts,

Neben einer Abspaltung der Schwarze-Hilfe-Gruppen, die als Schwerpunkt ihrer Arbeit nicht die Betreuung nur der politischen Gefangenen, sondern aller Gefangenen ansahen, wurde 1970 von der KPD/AO eine Rote Hilfe e.V gegründet, die zentral organisiert und in Landesverbände gegliedert war (sie ist nicht zu verwechseln mit der RH e.V. von heute). Diese Rote Hilfe e.V. löste sich 1979 auf.

Ab 1973 entstanden, hauptsächlich auf Initiative der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) weitere RH-Gruppen, die dieser Partei nahestanden. Im Frühjahr 1974 wurde ein gemeinsames Treffen aller Rote- und Schwarze Hilfe-Gruppen einberufen, auf dem es zu einem Bruch kam, der am 26. Januar 1975 zur Gründung der KPD/ML-nahen Rote Hilfe Deutschlands (RHD) führte.

Ende der 1970er-Jahre existierte nur noch die von der KPD/ML gegründete Rote Hilfe

Gruppen der Roten Hilfe.

Die Gruppen beschäftigten sich mit einem breiten Spektrum von Themen: sie organisierten Teach-ins, medizinische Hilfe und Demonstrationen, sie studierten das Mietrecht und andere Gesetzestexte, sie besuchten Gefangene in den Knästen und schickten ihnen Pakete (das ging damals noch), sie organisierten Solidarität mit Gefangenen aus Stadtguerillagruppierungen und den Beistand der Mitglieder der jeweiligen Parteien und Strömungen vor den Gerichten,



Deutschland, die sich um eine politische Öffnung für breitere Spektren bemühte. Damit hatte sie Erfolg; sie nannte sich 1986 in Rote Hilfe e. V. um und bildet damit den Ausgangspunkt der heutigen strömungsübergreifenden Solidari-tätsorganisation.

Heute umfasst die Mitgliedschaft das gesamte Spektrum der Linken: autonome Antifas und VVN/BdA - Mitglieder, Trotzki-st_innen und Anarchosyndikalist_innen, Jusos, Anarchist_innen und Kommunist_innen, Aktivist_innen gegen die Zerstörung der Erde und Aktivist_innen gegen Rassismus, für die Verteidigung von sozia-len- und von Menschenrechten, gewerkschaftlich oder in Aktionsgruppen Organisierte, Parteimitglieder und Unorganisierte, ... - Menschen also verschiedenster linkspolitischer Couleur.



„Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg.“

(Aus der Satzung der Roten Hilfe e.V. - §2)

Zu den Veranstaltungen.

Da die Zeit dann doch knapp wurde, konnten sich nicht alle Gruppen rechtzeitig zur Drucklegung der Broschüre zurückmelden. Nicht alles konnte abschließend geklärt werden.

Zum einen: es kann daher noch einige Änderungen geben.

Zum anderen: Es werden also im Verlauf des Jahres noch einige weitere Veranstaltungen angekündigt werden. Schaut nach auf der webseite der Roten Hilfe Hannover: dort werden diese angekündigt.

Zum Beispiel: Es wird z.B. sicherlich eine Veranstaltung geben im Zusammenhang mit dem Festival contre le racisme, das vom Asta der Universität Hannover jedes Jahr im Sommer organisiert wird.

Der Termin für den Film „100 Jahre Rote Hilfe“ steht noch aus.

Eine Veranstaltung mit Digitalcourage oder dem gen-ethischen Netzwerk ist noch völlig offen, ebenfalls eine Veranstaltung zu Arbeits- bzw. Streikrecht.

Hier gehts zur webseite der Ortsgruppe: <https://hannover.rote-hilfe.de/>



8. März Frauenkampftag

Feministische Kämpfe waren und sind staatlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt.

Siehe auch: <https://hannover.rote-hilfe.de/8-marz-internationaler-frauenkampftag/>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sahen sich Frauendemonstrationen, die für elementare Grundrechte wie das Wahlrecht eintraten, und Streiks von Textilarbeiterinnen, die bessere Arbeitsbedingungen und Löhne auch für Frauen einforderten, brutaler Polizeigewalt und Verhaftungen gegenüber.



Wie ein roter Faden durch die feministische Geschichte zieht sich die Kriminalisierung von Kampagnen gegen den §218, also für das Recht von Frauen, selbst über ihren Körper zu verfügen. In den 1920ern gab es große Kampagnen gegen den §218, unterstützt von der Roten Hilfe. Die Ärztin Else Kienle - sie wurde sechs Wochen inhaftiert für ihr Engagement, bis sie durch einen siebentägigen Hungerstreik ihre Freilassung erzwang - und Dr. Friedrich Wolf waren wichtige Mitstreiter_innen der Kampagne.

Dass unter den Faschisten an ein Abtreibungsrecht nicht zu denken war ist keine Frage.

In der BRD wurden in den 1970er Jahren Aktivistinnen des Frankfurter Frauenzentrums, die Ärzt_innen in den Niederlanden empfahlen und kollektive Fahrten dorthin organisierten, zu einer „kriminellen Vereinigung“ nach §129 erklärt. (In der DDR galt ab 1972 das ‚Gesetz zur Unterbrechung der Schwangerschaft‘. Nur aufgrund der massiven Proteste der Frauen der Ex DDR gelang Anfang der 1990er die Aussetzung der Strafbarkeit von Abtreibungen in Deutschland). Immer noch ist Abtreibung grundsätzlich illegal.

Bis heute sehen sich feministische Demonstrationen massiver staatlicher Repression ausgesetzt, keineswegs nur in entfernten Ländern wie dem Iran oder der Türkei, wo zahllose Feministinnen in den Gefängnissen sitzen. Die Rote Hilfe e.V. berät und unterstützt regelmäßig Aktivistinnen, die sich nach feministischen Protesten mit Verfahren konfrontiert sehen, und auch Polizeigewalt ist keine Seltenheit.

Das umfasst auch geschlechtsspezifische Repression, die schon viele Genossinnen in Festnahmesituationen erfahren mussten: sexistische Bemerkungen von Beamten, Durchsuchungen des Intimbereichs in Anwesenheit





von männlichen Beamten, demütigende Schikanen in Gefangenessammelstellen etc.

Repressionsschläge gegen politisch aktive Frauen werden in der Presse allzu oft für eine sexistische Begleitkampagne genutzt, wie auch der Fall der Leipziger Antifaschistin Lina zeigt. Seit ihrer Festnahme stürzte sich die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien darauf, dass eine Frau im Verdacht steht, durch militante Aktionen gegen Faschisten gegen das vorgesehene Rollenklischee der „friedlichen Frau“ verstoßen zu haben. Dem entsprechend konzentrierten sich viele Zeitungen vornehmlich auf die Farbe der Fingernägel, die Länge des Rockes und das körperliche Erscheinungsbild der Antifaschistin. Die Überschrift „Chef-Chaotin im Mini-Rock zum Richter“ ist nur eines von vielen Beispielen.

Nicht vergessen können wir jedoch in diesem Zusammenhang auch die Auseinandersetzungen um sexistische Verhaltensweisen bis hin zu Gewalt innerhalb linker Gruppen, an linken Orten, ...

Wie das Zitat der langjährigen Vorsitzenden der Roten Hilfe Clara Zetkin zeigt, ein seit langem bestehendes Problem.

Mittlerweile ist die RH e.V. aufgrund neuer Beschlüsse der Bundesdelegiertenkonferenz in der Lage, gegen Verleumdungsklagen, die nach Vorwürfen sexueller Übergriffe von Seiten der Beschuldigten angestrengt werden, auch finanziell unterstützend tätig zu sein.

Denn auch in der linken Bewegung sind Fälle sexueller Übergriffe nicht selten. Als Rote Hilfe stehen wir konsequent an der Seite der Betroffenen und begrüßen, dass Fälle öffentlich gemacht werden. Für uns ist klar: Solidarisch gegen sexuelle Gewalt und keine Unterstützung für sexistische Täter.



Film Saint Omer von Alice Diop

Frankreich 2023; 122 Min



SAINT OMER wurde beim Filmfestival Venedig mit dem Großen Preis der Jury ausgezeichnet und war offizieller Kandidat Frankreichs für den Auslands-Oscar 2023.

Zum Film: Ein Baby wird tot am Strand gefunden, gegen die Mutter wird ermittelt und der Prozess wird eröffnet. Der Film arbeitet mit dem Text der Protokolle der Gerichtsverhandlung, die 2015 in der nordfranzösischen Stadt Saint Omer stattgefunden hat. Doch die Gerechtigkeit, die der Film sucht, ist eine andere als die der Justiz.

Die Literaturprofessorin und Autorin Rama reist von Paris nach Saint-Omer, um dort der Gerichtsverhandlung beizuwohnen: Der senegalesischen Studentin Laurence Coly wird vorgeworfen, sie habe ihre 15 Monate alte Tochter absichtlich ertrinken lassen. Rama will aus dem Fall Inspiration

für eine moderne Neuerzählung des Medea-Mythos schöpfen. Nachdem das Verfahren beginnt, wird nach den ersten Aussagen klar, dass nichts klar ist. Wer sitzt hier wirklich auf der Anklagebank? Und wie schnell wird ein Urteil gefällt im Angesicht unvorstellbarer Taten?



Inspiziert von einer wahren Bege-

benheit erzählt die vielfach ausgezeichnete Filmemacherin Alice Diop in SAINT OMER von Brüchen in weiblichen Biografien.



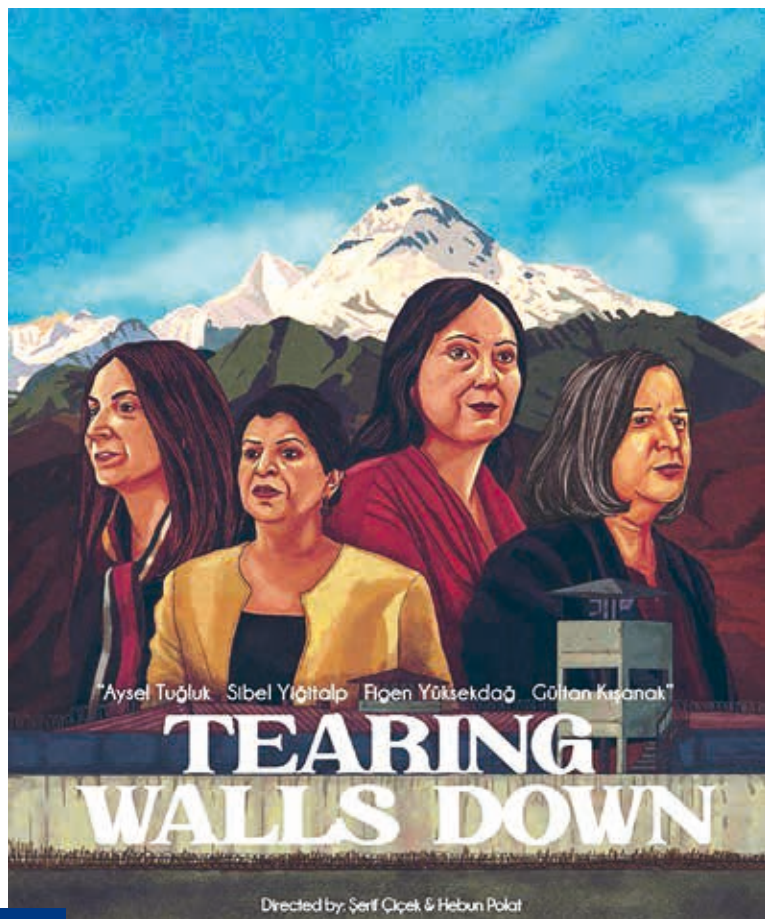
Regisseurin Alice Diop



09.03.
20.00 h
Kino im
Sprengel

Tearing Walls Down

Yıkılacak Duvarlar / Hebun Polat / Serif Çiçek, Türkei / Deutschland
2023 | 50 Min. | OmU



**14.03.
20.00h
Kino im
Sprengel**

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in 2023 entscheiden über die Zukunft der gesamten Gesellschaft in der Türkei. Die Wirtschaftskrise und die hohe Inflation, die seit mehr als zwei Jahren die Bevölkerung in die Armut drängen, überschatten die Wahlen. Ebenso belasten die Gewalt völkerrechtswidriger Kriege, die staatliche Repression und die Femizide die gesellschaftliche Atmosphäre. Oppositionelle Politiker_innen, die gegen die Politik der Gewalt, Hetze und Repression kämpfen, werden abgesetzt, verfolgt oder eingesperrt.

Die Dokumentation «Tearing Walls Down» (türkisch: «Yıkılacak Duvarlar» nach einem Gedichtband von Figen Yüksekdağ) von Şerif Çiçek und Hebun Polat, die unter anderem von dem Kölner Sozialwissenschaftler und Vorsitzenden des Vereins «Stimmen

der Solidarität – Mahnwache Köln» Adil Demirci mitproduziert wurde, behandelt exemplarisch drei Schicksale. Der Film porträtiert das Leben und politische Wirken von Aysel Tuğluk, Figen Yüksekdağ und Gültan Kışanak – drei demokratisch gewählte Politikerinnen der HDP und BDP, die 2016 im Zuge der Repressionswelle nach dem einseitig von der türkischen Regierung mit der kurdischen Bewegung beendeten Friedensprozess inhaftiert wurden – mit Anekdoten von Sibel Yiğitalp. Die exilierte ehemalige Abgeordnete setzt sich bis heute für die Freilassung ihrer inhaftierten Weggefährtinnen ein.

Die Dokumentation vermittelt eindrücklich, unter welchem Druck und Repression die Opposition in der Türkei steht und dennoch nicht aufgibt.

Die Aktivistin Gültan Kışanak gehört zu den zentralen Akteurinnen der kurdischen Frauenbewegung. Schon in den 80er Jahren, nach dem Militärputsch vom 12. September, wurde sie als 19-jährige festgenommen und saß für zwei Jahre in einem für Folter berüchtigten Gefängnis in Amed. Sie blieb weiterhin politisch aktiv, arbeitete als Journalistin und setzte sich für die Menschenrechte ein. Sie wurde Ko-Vorsitzende der BDP und vertrat sie auch im türkischen Parlament. 32 Jahre nach den Erlebnissen im Gefängnis von Amed (tr. Diyarbakır) wurde sie zur Oberbürgermeisterin von Amed gewählt. Seit 2016 sitzt sie im Gefängnis.



Aysel Tuğluk ist Rechtsanwältin und ist die ehemalige Ko-Vorsitzende der DTP. Sie wurde auch 2016 als Abgeordnete der HDP verhaftet und erkrankte im Gefängnis schwer an Demenz. Erst durch den starken öffentlichen Druck wurde Aysel im Oktober 2022 aus der Haft entlassen.

Figen Yüksekdağ war Ko-Vorsitzende der HDP gemeinsam mit Selahattin Demirtaş. Sie sitzt seit 2016 genauso wie Gültan Kışanak, Selahattin Demirtaş sowie viele weitere Politiker_innen im Gefängnis.

Sibel Yiğitalp war gemeinsam mit den drei Frauen für die HDP im türkischen Parlament. Sie musste wegen einer drohenden Haftstrafe von mindestens 22 Jahren die Türkei verlassen und lebt seitdem im Exil in Berlin. Sie setzt sich aus dem Exil weiterhin für die Freilassung ihre Freund_innen, Mitstreiter_innen und Genoss_innen ein.



Der Internationale Tag der Politischen Gefangenen – der 18. März

Der 18. März als Kampftag für die Freilassung aller politischen Gefangenen knüpft an die Tradition der Arbeiter_innenbewegung an.

In aller Welt schützen und verteidigen die Machthabenden ihre Verfügungsgewalt über Menschen und Ressourcen. Menschen werden zu Lohnarbeit getrieben und müssen sich zu Preisen verkaufen, die vom „freien Markt“ diktiert werden. Konzernchefs zucken nur mit den Schultern, wenn sie zum Wohle der Renditen der Aktionäre und Aktionärinnen Arbeitskräfte „freistellen“, d.h. in eine ungesicherte Zukunft entlassen. Wenn sie die Produktion auslagern in Staaten, in denen die Arbeitsbedingungen eher mit dem Begriff Sklaverei charakterisiert werden können als mit Lohnarbeit.

Überall auf der Welt gibt es jedoch auch Menschen, die diese Bedingungen nicht widerspruchslos hinnehmen wollen. Diesen wird in unterschiedlichem Maße mit Gewalt begegnet. Es gibt Gegenden, in denen diese Menschen einfach „verschwinden“. In anderen Gegenden werden diese Menschen nach geltendem Recht und Gesetz verurteilt, oftmals zu lebenslangen Haftstrafen, damit sie die Kräfte des „freien Marktes“ nicht weiter stören können. Das Ziel ist es, auch diese Menschen aus dem Bewusstsein zu streichen, auch sie in diesem Sinne verschwinden zu lassen. Damit das nicht gelingt, gilt diesen Gefangenen unsere Solidarität. Damit das nicht gelingt, ist der Internationale Tag der Politischen Gefangenen ins Leben gerufen worden.



genen unsere Solidarität. Damit das nicht gelingt, ist der Internationale Tag der Politischen Gefangenen ins Leben gerufen worden.

1848

Zum einen soll erinnert werden an den 18. März 1848, als in Berlin die Arbeiter_innen und Bürger_innen im Straßen- und Barrikadenkampf die Truppen des preußischen Königs besiegten. In schweren Kämpfen kam es zu mehreren hundert Toten. Schließlich verweigerten sich Soldaten, weiter auf die Demonstrierenden zu schießen. Der preußische König wurde gezwungen, sich vor den „Märzgefallenen“ zu verneigen. Die demokratische Revolution hatte einen Anfang, auch wenn dieser Versuch dann doch scheiterte.

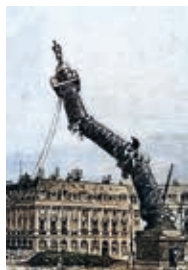
Die Commune

„Die Frauen fragten nicht danach, ob eine Sache möglich war, sondern ob sie nützlich

war und dann gelang es uns, sie durchzuführen.“ (Louise Michel)

Zum anderen bezieht sich der Tag vor allem auf das Gedenken an die Pariser Kommune. Bei der Erhebung der Pariser Bevölkerung spielten die Frauen eine wesentliche Rolle. Am 18. 03. 1871 übernahm die Nationalgarde die Macht und hielt sofort Wahlen zur Bildung eines Rates der Pariser Gemeinde, also Kommune, ab. Damit war

zum ersten Mal in der Geschichte die Arbeiter_innenklasse an der Macht. Das bedeutete die Einführung der Volksbewaffnung, die Gleichberechtigung der Frau in allen Belangen, Wahl- und Abwählbarkeit aller Beamten und Politiker und ihre Bezahlung nach durchschnittlichen Arbeitstarifen, Trennung von Staat und Kirche, Kontrolle der Arbeitstarife, Kontrolle der Mieten, Übernahme der von den Besitzenden verlassenen Werkstätten durch die dort Arbeitenden, die Guillotine wurde verbrannt, die Vendome-Säule – das Symbol der Kolonisation



– wurde umgestürzt, ... Das bedeutete die weitgehende Zerschlagung des alten Staatsapparates und damit die Grundlage für eine Regierung der Werktätigen: der Diktatur des Proletariats, wie das später genannt wurde.

Bis heute stehen die von der Commune durchgesetzten Maßnahmen weltweit auf der Tagesordnung der

Linken.

Die Arbeiter_innen waren 1871 noch zu schwach, um der militärischen Gewalt der vereinigten europäischen Bourgeoisie standzuhalten. Die Rache der Reaktion kostete ca. 25.000 Menschen das Leben, mehr als 13.000 wurden zu meist lebenslangen Haftstrafen verurteilt und meist verbannt, etwa 3.000 starben in den Gefängnissen.

Jedoch bleibt die Geschichte der Kommune trotz ihrer Niederlage die Geschichte eines Aufbruchs.

18.03. 1923 IRH – der internationale Tag der politischen Gefangenen.

Ab 1923 wird der 18. 03. als internationaler Tag der Solidarität begangen. In der Sowjetunion hatten die Bolschewiki gesiegt, der Kapitalismus war damit grundlegend in Frage gestellt. Überall in den kapitalistischen Ländern krieselte es. Überall wurde der Kampf gegen die revolutionären Kräfte verstärkt. Der weiße Terror wütete. In Finnland kamen mehr als 26.000 Menschen in Vorläufern der Konzentrationslager um, die nach dem Bürgerkrieg errichtet wurden, in Bulgarien wurden etwa 30.000 Menschen ermordet, in Polen wurde mit Giftgas gegen streikende Arbeiter und Arbeiterinnen vorgegangen. In Deutschland wurden die letzten Hoffnungen auf eine mögliche andere Welt durch



Hortense David, Richtkanonierin an der Barrikade de la Monnaie



So hoch und dick ist kein Gefängnis-Turm,
Der widerständ' dem roten Massensturm.



schen Gefangenen eine Stimme zu verleihen sowie verschiedenen Solidaritäts- und Antirepressionsinitiativen eine Plattform zu bieten.

gescheiterte Aufstandsversuche mit massenweisen Toten und noch mehr Gefangenen begraben.

Überall hatten sich schon lose Hilfsvereine für die Unterstützung von Flüchtlingen und Gefangenen gegründet, die Notwendigkeit lag auf der Hand. 1922 wurde auf dem IV. Weltkongress der kommunistischen Internationale die Internationale Rote Hilfe (IRH) gegründet und u. a. die Durchführung eines internationalen Tages der politischen Gefangenen beschlossen, der am 18. März 1923 erstmals ausgerufen werden konnte. An diesem Tag gingen in den 20er Jahren in allen Ländern Menschen für die Opfer politischer Justiz auf die Straße, beispielsweise für die unschuldig in den USA zum Tode verurteilten Anarchisten Sacco und Vanzetti. So erinnerte die Rote Hilfe an die Kämpfe für eine freie und sozialistische Gesellschaft, frei von Repression und Unterdrückung, aber auch frei von Ausbeutung und Rassismus.



Der Faschismus machte der Begehung dieses Tages in Deutschland vorläufig ein Ende.

1996 RH e.V.

1996 initiierte der „Förderverein Libertad! für internationale Kommunikation und Solidarität“ zusammen mit der Roten Hilfe e.V. zum ersten Mal wieder einen Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen. Seitdem werden jährlich Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen organisiert, um an die Situation der politischen Gefangenen aufmerksam zu machen und sich mit ihnen zu solidarisieren. Die Rote Hilfe versucht, mit der jährlichen Sonderausgabe zum 18. März den politi-



Zur Situation im Iran

Vertreterinnen von Prison's Dialogue werden die historische Entwicklung seit 1979 beleuchten und über die aktuelle Situation im Iran berichten

Die Ermordung von Zhina Mahsa Amini durch die Moralpolizei im September 2022 war der Beginn einer erneuten Phase des Aufstands gegen die reaktionäre Regierung im Iran.

Unter dem Slogan »Frau, Leben, Freiheit« setzen sich die unterdrückten Menschen im Iran gegen alle Repressionsmittel, Drohungen und Einschüchterungen zur Wehr. Von den Straßen bis in die Häuser, von den Fabriken bis zu den Universitäten und Schulen, überall leisten sie mit beispiellosem Mut Widerstand gegen die Repressionskräfte.

44 Jahre nach der Gründung der Islamischen Republik, die im März 1979 mit Angriffen auf Frauen und das unterdrückte Volk in Kurdistan, Chuzestan, der turkmenischen Sahra und Belutschistan sowie auf die revolutionären linken Organisationen begann, ist der Widerstand nicht besiegt.



Äußerung der unterdrückten Ideale, diesmal aus dem Mund von Millionen unterdrückter Menschen.

Seit Beginn des Aufstands wurden mehr als 18.000 Aktivist_innen und Demonstrierende verhaftet, Tausende wurden verletzt, mehr als 500 Menschen wurden erschossen oder unter Folter getötet, und mehr als 100 Menschen sind von der Hinrichtung bedroht, unter anderem wegen "Kriegsführung gegen Gott" und "Verbreitung von Korruption auf der Erde". Die Berichte über die Zustände in den Gefängnissen sind erschreckend.

Die Gefangenen sind verschiedenen Formen von Brutalität ausgesetzt, z. B. unbe-



Die damalige Konterrevolution wurde durchgeführt vom rekonstruierten Foltersystem des Sicherheitsapparats des Schahs. Der Kampf um die Revolution dauerte bis in die blutigen 1980er Jahre an. Die staatliche Gewalt erreichte im Sommer 1988 mit der Hinrichtung Tausender politischer Gefangener ihren Höhepunkt.

Doch 34 Jahre nach dieser Massentötung politischer Gefangener wurde der Aufstand der Jin-Jiyan-Azadi-Bewegung zu einer Plattform für das Aufleben und die erneute

**15.03.
19.00 h
UJZ Korn**



کارگر زندانی، زندانی سیاسی

آزاد باید گردد



gründeten Urteilen in Schauprozessen (ohne unabhängige Anwälte) und physischer und psychischer Folter, um Geständnisse zu erzwingen. Frauen und queere Gefangene sind besonders von Vergewaltigung und anderer sexualisierter Gewalt betroffen. Die Gefangenen gehen jedoch nicht vor dem Regime in die Knie und leisten selbst im Gefängnis Widerstand, indem sie in den Hungerstreik treten, koordinierte Aktionen durchführen, Erklärungen abgeben, Kunstwerke schaffen und viele andere kreative Formen der politischen Aktion durchführen.

Die "Republik der Massaker", wie die Demonstrant_innen die Islamische Republik heute nennen, nutzt die prekäre Lage der anonymen und marginalisierten Menschen aus, um ihre Terrorkampagne zu intensivieren, und nimmt sogar die Familien der Märtyrer_innen und Gefangenen als Geiseln.

Und doch ist der Aufstand der "Freiheit für das Leben der Frau" immer noch lebendig und braucht eine stärkere Solidarität. Unser Plädoyer für Gerechtigkeit und die Existenz dieses Aufstandes wird die Repression nur überleben, wenn die aktive internationale Unterstützung derjenigen, die für Freiheit kämpfen, die Kraft der Solidarität schafft. Das Schweigen der unterdrückten Völker auf der ganzen Welt angesichts der direkten/indirekten Unterstützung durch regionale und globale Mächte, die das Regime erhält, verstärkt dessen Gefühl der Straffreiheit und erleichtert die anhaltende Unterdrückung. Gleichzeitig müssen wir unsere Kräfte bündeln, um jede ausländische Intervention (einschließlich militärischer und wirtschaftlicher Art) zu verur-

teilen, die die Unabhängigkeit und Autonomie dieses Aufstandes beeinträchtigen würde.

Wir haben Vertreterinnen von Prison's Dialogue eingeladen, um die historische Entwicklung seit 1979 zu beleuchten und die aktuelle Situation im Iran zu analysieren.



„Golsar-Khavran“ - „Blumengarten“

*Vor einigen Jahren zeigte das Forum der Iranischen Demokrat*innen und Sozialist*innen anlässlich des 18.03. in Hannover eine Fotodokumentation über die Schicksale von tausenden politischen Gefangenen, die im Sommer 1987 während eines kurzen Zeitraums hingerichtet wurden. Sie wurden begraben an einem unbekanntem Ort in Teheran unter dem Namen („Lanat-Abad“ was übersetzt „Friedhof der Verdammten“ bedeutet). Später wurde dieser Ort durch die Familien der politischen Gefangenen als „Golsar- Khavran“, übersetzt „Blumengarten“, benannt. Die Islamische Republik Iran versucht in den letzten Jahren, das Ausmaß dieser Verbrechen Schritt für Schritt zu vertuschen.*

Demonstration

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Seit einigen Jahren haben wir begonnen, zum Tag der politischen Gefangenen gemeinsam auf die Straße zu gehen. Seitdem hat sich eine internationalistische Zusammenarbeit entwickelt, so dass wir auch dieses Jahr dazu aufrufen:

Am Tag der politischen Gefangenen auf die Straße!

Im letzten Jahr hat der Staat die Repressionsschraube deutlich angezogen.

Infos von Hausdurchsuchungen, Versammlungsverboten und auch mehrjährige Haftstrafen erreichen uns häufiger. Durch Gesetzesverschärfungen werden die Grundlagen geschaffen um diesen Kurs in den nächsten Jahren noch zu verschärfen.

In Hannover sitzt seit März letzten Jahres der kurdische Genosse Mehmet Çakas in Untersuchungshaft, weil er für die Arbeiterpartei Kurdistans tätig gewesen sein soll. In der BRD gibt es aktuell 11 solcher Fälle. Ein individueller Straftatsvorwurf existiert nicht.

Auf europäischer Ebene schauen wir auf staatenübergreifende Verfolgung unserer Genoss*innen:

Internationalist_innen, die sich dem Kampf gegen den IS der YPG angeschlossen haben, werden verfolgt, einer von ihnen wurde in Frankreich zu 5 Jahren Haft verurteilt.

Vor einem Jahr wurden Faschisten bei der Veranstaltung „Tag der Ehre“ in Budapest attackiert. Seitdem wird Europaweit nach Antifaschist*innen gefahndet. Einige sind bereits hinter Gittern. Jüngst wurde auch Maja verhaftet und sie sitzt in Auslieferungshaft nach Ungarn – einem Staat, in dem Maja bis zu 24 Jahre Haft unter politischer Justiz und unmenschlichen Bedingungen drohen.

In Großbritannien sitzt Julian Assange in Auslieferungshaft, mittlerweile schwer gezeichnet durch die Jahre im Knast. Seit dem Jahr 2010 wissen wir durch seine Arbeit im Detail von den Kriegsverbrechen und der Korruption der US amerikanischen Armee. Seit dem verfolgt die US Regierung den whistleblower Julian Assange unnachgiebig.

Und auch international nimmt die Repression gegen unsere Genossen*innen nicht ab. In den USA werden Umweltaktivist*innen mit Terrorparagraphen weg gesperrt, der Iran hat nach den *Jin Jiyān Azadī* Aufständen tausende Menschen verhaftet und Hunderte hingerichtet, der türkische Staat inhaftiert ebenso zehntausende Oppositionelle und führt die Totalisolation von Abdullah Öcalan, den Repräsentanten der kurdischen Freiheitsbewegung, ungebrochen fort. Seit 3 Jahren gibt es kein Lebenszeichen von ihm. Auch der politische Gefangene der TKP-ML, Kadir Karabak, wird trotz einer Freilassungsentscheidung willkürlich monatelang festgehalten.

Mit diesen Angriffen möchten die Staaten uns einschüchtern und zum Schweigen bringen. Wir lassen uns das nicht gefallen!

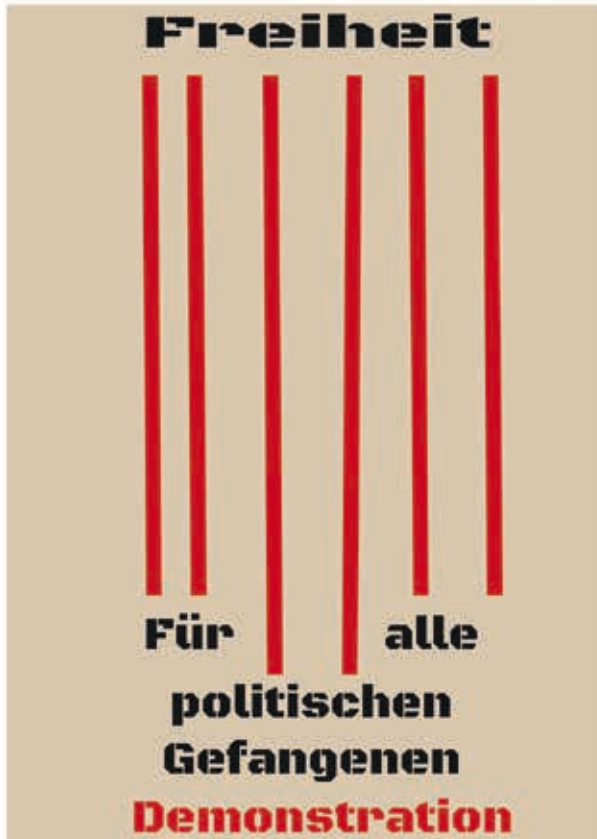
Das dieses nicht gelingt zeigen auch die zahlreichen Kämpfe auf der ganzen Welt.

Wir blicken auf vielfältige Solidaritätsinitiativen, die Hungerstreiks in türkischen Knästen und auf die Freund*innen, die untergetaucht sind.

Letzten Oktober startete eine internationale Offensive für die Freilassung von Abdullah Öcalan, der sich zahlreiche Organisationen unterschiedlicher Spektren und Nationen anschlossen.

**18.03.
18.00 h
HBF
Hannover**

18. 03
internationaler Tag
der Politischen Gefangenen



18. 03. 18.00 HBF Hannover

Internationalistisches Bündnis zum 18.03.

Der Widerstand lebt und lässt sich nicht brechen!

Unter all diesen Eindrücken wollen wir zum 18. März mit euch gemeinsam auf die Straße gehen.

Laut, widerständig, internationalistisch und revolutionär!

Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung und die Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Internationalistisches Bündnis zum 18.03.

Einladung zum Verbringen eines gemeinsamen Abends im UJZ Korn

Sicher gibt es etwas zu trinken,
sicher können wir klönen und debattieren,
sicher gibt es Musik,
vielleicht gibt es etwas zu essen,
vielleicht gibt es Feuertonne, wegen Newroz/Nouruz,
vielleicht gibt es gemeinsames Singen,
vielleicht können Grüße an Gefangene geschrieben werden
vielleicht? sicher?
kommt es auf euch an, was wir gemeinsam tun können



18.03
20.00h
UJZ Korn



Schreibt den Gefangenen

Nicht nur am Internationalen Tag der Politischen Gefangenen

!Die Isolation durchbrechen – Briefe in den Knast!

Postkarten schicken!

Das Leben im Knast ist tot langweilig. Jegliche Nachricht, die etwas Licht bringt, egal ob sie von einer bekannten oder unbekanntenen Person kommt, ist stets willkommen. Für Inhaftierte zählt daher der Erhalt von Briefen oder Postkarten zu den wenigen Lichtblicken im alltäglichen



Grau des Vor-sich-hin-lebens in der Anstalt. Hinter den Mauern mit Stacheldraht, Wachtürmen und bewaffneten Schließern gibt es kaum menschliche Nähe und Gefühle, sondern Unterordnung und den täglichen Kampf ums Überleben. Aber eine Möglichkeit, diese Mauern der Passivität und Kälte zu überwinden, ist das Schreiben von Briefen und



Karten an Gefangene.

Unsere Mitglieder bekommen die Sonderzeitung der Roten Hilfe e.V. zum 18.03. zugesandt. Im Laufe des März wird sie aber auch vielen Zeitungen beiliegen, so dem „Freitag“ und „Neuen Deutschland“, der „Junge Welt“, „Analyse und Kritik“, „Jungle World“ und „unsere zeit“. Bestellt werden kann die Sonderzeitung auch beim literaturvertrieb@rote-hilfe.de.

In der Sonderzeitung werden Adressen von politischen Gefangenen abgedruckt sein: Schreibt ihnen!

Eine aktuelle Adressenliste ist immer zu finden unter: <https://political-prisoners.net/adressen-von-gefangenen/15453/>



Freiheit für die inhaftierten Sündenböcke des Massakers von Pylos

Captain Support Netzwerk

!Systematische Kriminalisierung von People on the move in Griechenland



Am 14. Juni 2023 sank das Boot „Adriana“ mit etwa 750 Migrant:innen auf dem Weg von Libyen nach Italien in internationalen Gewässern vor dem Hafen von Pylos (Griechenland). Hunderte von Menschen ertranken unter den Augen der griechischen Küstenwache. Neun der nur 104 Überlebenden wurden umgehend verhaftet. Sie werden der Beihilfe zur unerlaubten Einreise (d.h. als Schleuser), der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und der Verursachung des Schiffbruchs beschuldigt.

Mit extrem langen Haftstrafen aufgrund willkürlicher Verhaftungen und Prozesse sind Menschen auf der Flucht, die der Beihilfe zur unerlaubten Migration beschuldigt werden, eine zentrale Zielscheibe der brutalen Gewalt des Grenzregimes. Laut einer aktuellen Studie befinden sich derzeit mehr als 2000 Migrant:innen in griechischen

Gefängnissen, die als Schleuser beschuldigt oder verurteilt wurden.

Die Kampagne You can't evict solidarity wird Einblicke in die #Pylos9 Kampagne geben und die Solidaritätsstrukturen gegen die systematische Kriminalisierung von Migrant:innen in Griechenland vorstellen.

Siehe auch:

https://borderviolencelesvos.noblogs.org/files/2023/08/Pylos_Final_Ge.pdf
und
hannover.rote-hilfe.de/you-cant-evict-a-movement

**22.03.
19.00 h
UJZ Korn**



Antifa Cafe mit dem Thema Repression.

in der APOtheke in der Kulturfabrik Löseke
Langer Garten 1, Hildesheim

Eine Veranstaltung von AFK*37

Lust auf interessante Vorträge
zu linken Themen?

Lust auf Austausch mit linken Menschen?

Lust auf lin... ähh, leckeren Kuchen?

Dann kommt jeden letzten Montag im Monat in die APO zum antifaschistischen Café!

Wir wollen einen linken Raum schaffen, in dem sich in unverbindlicher Atmosphäre ausgetauscht und vernetzt werden kann. Hierzu bereiten wir immer im Wechsel Vorträge und Spieleabende vor.

Die Vorträge können als Input für einen späteren Austausch bei Getränk und Kuchen dienen.

Die Spieleabende bringen fun und lassen uns miteinander in Kontakt kommen.

Wer mag, kann gerne einen Kuchen als Spende mitbringen.

Tragt euch die Termine in den Kalender ein und erzählt euren Freund*innen davon!

AFKI³⁷
Antifaschistisches Kollektiv.



**25.03.
17.00 h
APOtheke**

Solidaritätskneipe mit den verfolgten Antifaschist_innen des „im Budapest-Verfahren“

„Ein faires Verfahren für angeklagte Antifaschisten ist unter der Rechts-außen-Regierung von Orbán nicht zu erwarten“



Zwei Antifaschist_innen aus Deutschland und Italien droht derzeit die Auslieferung nach Ungarn. Zwei weitere Antifaschist_innen sind bereits seit knapp einem Jahr in Budapest inhaftiert. Außerdem wurde bei einer weiteren Antifaschistin der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Der Prozess gegen die drei letztgenannten Beschuldigten begann am

29.01.24 in Budapest. Insgesamt wird gegen eine größere Anzahl weiterer Antifaschist_innen ermittelt und es liegen von Ungarn ausgestellte europäische Haftbefehle gegen diese vor.

Hintergrund der drohenden Auslieferung sind Ermittlungen gegen insgesamt 15 Beschuldigte. Jedes Jahr findet in Budapest der „Tag der Ehre“ statt, wobei Wehrmacht und SS verherrlicht werden: ein großes Treffen der faschistischen Szene.

Dort wurden mehrere antifaschistische Aktivist_innen aktiv.

Nicht nur die ungarischen Behörden traten sogleich auf europäischer Ebene eine Verfolgung von Antifas los, auch die deutschen Behörden schlossen sich der Hetze begeistert an: die berüchtigte Soko Linx wurde losgelassen.

Die Verfolgung der jungen Antifaschist_innen ist eindeutig politisch motiviert, passt der Fall doch hervorragend in das rechte Regierungsnarrativ der Fidesz Partei, die ihn zu instrumentalisieren sucht. Im Falle einer Auslieferung kann in Ungarn kein faires Verfahren erwartet werden, es wurden Freiheitsstrafen bis zu 24 Jahren gefordert.

Siehe auch: hannover.rote-hilfe.de/noextradition-kampagne

<https://budapest-solidarity.net/press/>

<https://www.basc.news/>

Aufruf zum Briefeschreiben an Maja

Den bürgerlichen Namen von Maja und die JVA veröffentlichen wir an dieser Stelle nicht. Wenn ihr Post schicken wollt, dann könnt ihr sie uns auf folgendem Weg zukommen lassen. Postalisch an:

Gefangenensolidarität Jena c/o Infoladen
Jena, Schillergässchen 5, 07745 Jena

Maja nutzt keine Pronomen.

Beachtet: <https://www.basc.news/aufruf-zum-briefeschreiben-an-maja/>

11.04.
20.00 h
Strurmglöcke



STRURMGLOCKE

BÜRGERLICH ANTI-FASCHISTISCHER
BASC
SOLIDARITY COMMITTEE

42 Jahre im Gefängnis – FREEDOM NOW! Mumia Abu Jamal

Lesung und Information zum Fall Mumia Abu Jamal
Jürgen Heiser - Internationales Verteidigungs Komitee

Mumia Abu-Jamal, Ex-Black Panther und Radiojournalist aus Philadelphia, ist seit mehr als 40 Jahren inhaftiert, da er als Journalist über die alltägliche rassistische Polizeigewalt berichtet hat. „Stimme der Unterdrückten“ wurde er daraufhin genannt. Mittlerweile kommt das Thema auch in der Mainstreampresse an. Zu seiner Zeit war das ein Skandal – nicht die oft tödliche Brutalität der Polizei, sondern darüber zu berichten. Folgerichtig wurde er unter der falschen Anschuldigung, einen Polizisten getötet zu haben, in einem mehr als fragwürdigen Prozess zum Tode verurteilt. Über das Verfahren urteilte Amnesty International nach dem Studium der Prozessakten: „Das Verfahren, in dem Mumia Abu-Jamal schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt wurde, verletzte die internationalen Mindestnormen für faire Prozessführung und die Verhängung der Todesstrafe.“

Die Todesstrafe ist rassistisch: Die Mehrheit der Insassen der Todestrakte sind Schwarze und Latinos. Die Todesstrafe richtet sich gegen die Armen: mehr als 90% der Insassen sind arm. Ein ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Ohio dazu: „Während meiner Tätigkeit habe ich gelernt, dass alle Todeskandidaten eines gemeinsam haben: ...dass sie kein Geld hatten, war einer der Hauptfaktoren ihrer Verurteilung zum Tod“.

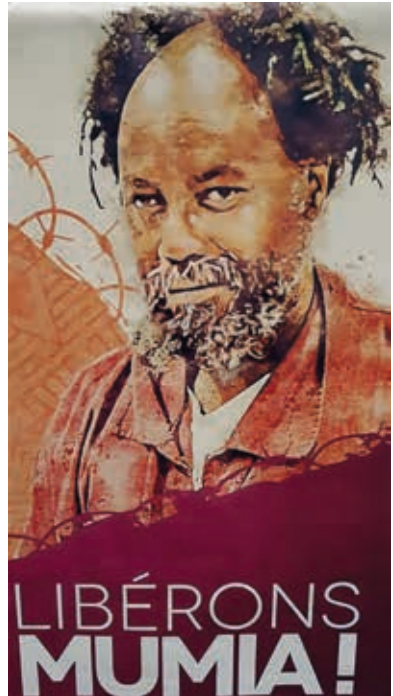
Mumia Abu-Jamal ist einer von ihnen. Er war arm und konnte sich keine wirkliche Verteidigung leisten, er ist Afroamerikaner. Dazu kommt: er ist politischer Aktivist und war und ist den Oberen ein Dorn im Auge.

Der Bürgerrechtler Mumia hat sich auch im Knast keinen Maulkorb umbinden lassen. Er ist seit 40 Jahren Korrespondent oppositioneller Medien und gibt den 2,3 Millionen Gefangenen in den USA Stimme und Gesicht. Er macht Radiosendungen für das kalifornische Prison Radio und schreibt Bücher.

Zweimal konnte die drohende Hinrichtung durch die internationale Solidaritätsbewegung verhindert werden. 2011 wurde das Strafmaß in „lebenslänglich“ umgewandelt, ein neuer und fairer Prozess wird aber weiterhin verweigert.

Mumia Abu Jamal ist unter anderem Ehrenmitglied der VVN BdA.

Unser Referent Jürgen Heiser, gelernter Industriefotograf und freier Autor, war



12.04.
19.00 h
verdi Höfe



Mumia im Black Panther office in Philadelphia

Mumia in Freiheit

Mumia Anfang 1990

Mumia 2018

1970 Mitbegründer der Roten Hilfe in Düsseldorf. Seit Ende der 1970er Jahre arbeitet er am Aufbau von Menschenrechts- und Solidaritätsnetzwerken zwischen Nordamerika, Puerto Rico, Kuba und Europa und war Ende der 1980er Jahre Mitinitiator der Solidaritätsbewegung für Mumia in Deutschland. Er besuchte ihn seit 1990 mehrfach im Knast und gab die ersten sechs Bücher von und über ihn heraus. Seit 24 Jahren übersetzt er für die junge Welt Mumias wöchentliche Kolumne. Er wird berichten, wie die internationale Solidarität aufgebaut wurde und sich positiv auf die anfangs schwache Solidarität in den USA auswirkte. Auch in Hannover hatte sich Anfang der 1990er eine Solidaritätsgruppe gebildet, die mit mehreren Auf- und Abs bis in die 2000er bestand und zum Teil in der Ortsgruppe der Roten Hilfe aufging.



Mumia wird durch Texte zu Wort kommen, seine aktuelle Lage beleuchtet und die Frage aufgeworfen, was zu tun ist, um ihn, der kurz vor seinem 70. Geburtstag steht, lebend aus dem Knast zu bekommen.



Antirepressionskneipe im LKA

Ab 20 Uhr Kneipe / ab 22 Uhr Party
Ermittlungsausschuss Hannover



COOL CATS ALWAYS ACT IN SOLIDARITY

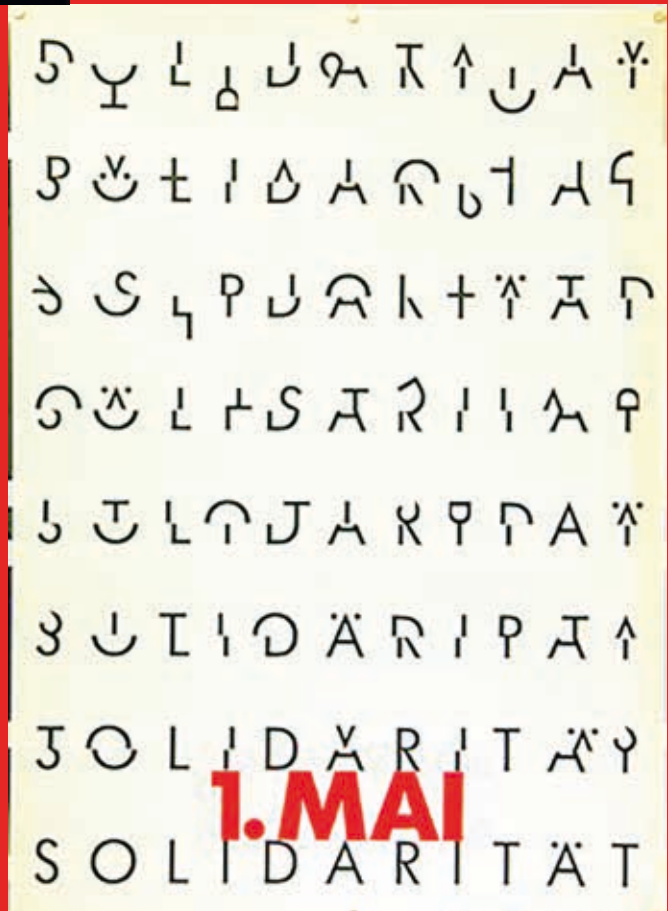
Wir sind viele. Strategien und Aktionsformen mögen uns unterscheiden - aber wir stehen trotzdem solidarisch zusammen! Im Kampf für ein gutes Leben für alle / gegen Unterdrückung, Rassismus, Faschismus, Kapitalismus, Sexismus, G20, NATO, RWE, Google, Abschiebungen, Knast, usw. ...

**30.04.
20.00 h
LKA Linden**

Am 01.Mai

findet ihr uns bei den Ständen zum 1. Mai,
dem internationalen Kampftag der Werktätigen...

Kommt vorbei!



1. Mai

WIRKLICH, WIR LEBEN IN FINSTEREN ZEITEN - NIE WIEDER 33

Ein musikalisch-literarisches Programm zwischen gestern und heute
– Das Programm zur Wahljahr 2024



Mit dem Gedicht „An die Nachgeborenen“ erinnert Bert Brecht aus dem Exil an das Versagen des Widerstandes gegen den aufkommenden Faschismus, benennt die faschistischen Verbrechen und richtet sein Wort an zukünftige Generationen.

Wir nehmen dieses Gedicht als Leitfaden für unser abendfüllendes Programm zum Jahrestag der faschistischen Machtübertragung vor 90 Jahren mit Liedern und Texten von Bert Brecht, Hanns Eisler, Klaus Mann, Rose Ausländer, Konstantin Wecker, Theodor Kramer, Esther Bejarano u.a. sowie aktuellen eigenen Songs.

Ein gemeinsames Programm von ewo2 (Bernd Köhler, Joachim Romeis) und der Schauspielerin Bettina Franke.

Bernd Köhler (Gesang, Git.), Bettina Franke (Rezitation, Texte), Joachim Romeis (Geige)

Kooperation: kargah, Rosa Luxemburg Stiftung Nds, VVN-BdA, Forum der Iranischen Demokrat*innen und Sozialist*innen in Hannover, SDAJ



Forum der iranischen Demokrat*innen
und Sozialist*innen - Hannover
کتون کشگران دمکرات و سوسیالیست - هانوفر



04.05.
19.00 h
Kargah



Die Gruppe ewo2 hatte ein neu vertontes Lied von Bernd - „In dieser Zeit“ - der CD „Die Rote Hilfe – Der Sampler“ beigesteuert.

Gedenkkundgebung zum Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!

Am 10. April 1945 marschierten die Alliierten über die Limmerstraße in Hannover ein. Einen Monat später, am 8. Mai, kapitulierten die Faschisten. 2024 jährt sich dieser Tag zum 79. Mal. Für uns ist dieser Tag Anlass zu gedenken. Wir gedenken der millionenfach ermordeten Jüd_innen, Sinti_zza und Rom_nja, Zwangsarbeiter_innen, Kommunist_innen, Antifaschist_innen und anderen Linken, Kriegsgefangenen, als „aussätzig“ gelabelten Menschen wie Homosexuelle oder vermeintlich Behinderte und denen, die dem Rassenwahn der deutschen Besatzung zum Opfer fielen.



Wir sagen, "Erinnern heißt kämpfen!"

Darum rufen wir zur gemeinsamen Kundgebung auf, um ein Zeichen gegen jeden Faschismus zu setzen und unsere Solidarität mit allen vom Faschismus bedrohten Menschen auszudrücken. Antisemitismus und Rassismus sind seit jeher Kern deutscher Ideologie und seit der ersten Staatsgründung bis heute Teil der deutschen Gesellschaft. Genauso wie es nie eine ernstzunehmende und konsequente Entnazifizierung gab war der gesellschaftliche Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus meist Symbolpolitik oder gar nicht existent. Rechter Terror, NSU, Halle und Hanau sind keine Einzelfälle, sondern die Konsequenz dieser deutschen Ideologie und des daher erwachsenen politischen Handelns: zum einen z.B. die aus dem faschistoiden Parolenfundus fast wortgleich wiederholten Verlautbarungen, zum anderen die weitgehende Tolerierung oder sogar Förderung neurechter bis faschistischer Gruppierungen.

Zu den Kontinuitäten des deutschen Faschismus gehören nicht nur die Nazis auf der Straße, in Polizei und Parlamenten, sondern auch die deutsche Appeasementpolitik mit faschistischen Regierungen und Diktaturen weltweit.

Zu den Kontinuitäten des deutschen Faschismus gehören nicht nur die Nazis auf der Straße, in Polizei und Parlamenten, sondern auch die deutsche Appeasementpolitik mit faschistischen Regierungen und Diktaturen weltweit.

Lasst uns gemeinsam den Faschist_innen entgegentreten und solidarisch mit unseren Genoss_innen auf der ganzen Welt sein.

**08.05.
17.30 h
Mahnmahl
Gerichtsgelände**

Esther Bejarano forderte, dass der 8. Mai zum bundesweiten Feiertag erklärt wird.

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig! Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ (<https://www.auschwitz-komitee.de/5792/mir-lebn-ejbig/>)



“Würdiges Gedenken heißt kämpfen. Wir müssen uns alle erinnern, damit es nicht wieder geschehen kann. Damit noch mehr Menschen gegen menschenverachtende Ideologien aufstehen und sich einsetzen. Heute bin ich örtlich von Euch getrennt. Aber mit meinem Herzen bin ich bei Euch.”

(Esther Bejarano am 14.02.2021 in ihrem Gruß an die Angehörigen und Überlebenden in Hanau)

Siehe auch: hannover.rote-hilfe.de/wir-trauern-um-esther-bejarano/
hannover.rote-hilfe.de/8-mai-befreiung-was-sonst

Das Mahnmal Gerichtsgefängnis

Das Mahnmal Gerichtsgefängnis Hannover erinnert an das ehemals hier gelegene Gerichtsgefängnis, das 1865–75 als Königliches Zellengefängnis Hannover erbaut wurde. In ihm litten die verschiedensten Opfer und Opfergruppen der Nationalsozialisten. Es ist zudem das erste städtische Mahnmal in der Bundesrepublik Deutschland, das ausdrücklich auch an die Verfolgung homosexueller Männer in der NS-Zeit erinnert.

Es wurde von Hans-Jürgen Breuste geschaffen und am 8. Mai 1989, dem Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, mit einer Gedenkveranstaltung der Öffentlichkeit übergeben.

Die Inschrift des Mahnmals lautet:

„Hier stand bis zum Abriss 1965 das Gerichtsgefängnis Hannover, in dem von 1933 bis 1945 zahlreiche Gegner und Gegnerinnen des Nationalsozialismus inhaftiert waren. Sie kamen aus allen Schichten der Bevölkerung, bis 1937 vor allem aus der Arbeiterschaft - darunter Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter.

Außer ihnen wurden hier Männer und Frauen aus verfolgten Minderheiten wie Sinti, Zeugen Jehovas und Homosexuelle gefangen gehalten. Während des Zweiten Weltkrieges haben hier auch ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen gelitten. In diesem Gefängnis waren viele Mitglieder der hannoverschen Sozialistischen Front, einer der größten Widerstandsgruppen der SPD gegen den Nationalsozialismus, inhaftiert. Von ihnen werden Gustchen Breitzke, Fritz Lohmeyer, Therese Wittrock und Fritz Wulfert genannt. Zu einer Widerstandsgruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei gehörte Otto Brenner. Von 1937 bis 1943 saß hier der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, in Einzelhaft.

Stellvertretend für die Verfolgten aus dem kommunistischen Widerstand werden Paul Arndt, Marianne Baecker, Grete Hoell und Walter Krämer genannt. Das Mahnmal Gerichtsgefängnis erinnert daran, dass sich Justiz und Polizei als Helfershelfer des Faschismus betätigten. Hier war ein Ort der Denunziation, an dem Menschen willkürlich und aus politischen Gründen inhaftiert waren.“



I. DAS RICHTSGEFÄNGNIS - HAFSTÄTTE FÜR ZAHLREICHE NS-VERFOLGTE



— Aufn.: aus der Fotosammlung des Historischen Museums Hannover, um 1075 —

„Wie heißt die längste Straße Hannovers? Leonhardtstraße! Da bin ich 1934 rein und erst 2 Jahre später wieder rausgekommen“

„Wie heißt die längste Straße Hannovers? -Leonhardtstraße! Da bin ich 1934 rein und erst zwei Jahre später wieder 'raus gekommen!“ (F.G.)

Eine hohe Ziegelsteinmauer umschloß das weitläufige Gelände zwischen Leonhardtstraße und Alter Celler Heerstraße und versperrte den Blick auf das gewaltige Zellengebäude, das sich nur wenige Minuten vom Hauptbahnhof entfernt mitten in der Stadt befand. Der Haupteingang zum Gerichtsgefängnis lag an der damaligen Leonhardtstraße, gegenüber dem Kaiser-Wilhelm-Gymnasium und dem Schwurgericht.

Weder diese historischen Gebäude noch die Straßenführung sind erhalten geblieben. Die Kriegszerstörungen in der Nähe von Bahnhof und Schienenanlage waren besonders stark. Dementsprechend wurde im Rahmen der städtebaulichen Veränderungen der Nachkriegszeit das Gebiet "hinten dem Bahnhof" vollkommen neu angelegt.

Das dort dominerende Bauwerk, das Gerichtsgefängnis, mußte dem Bau der Raschplatzhochstraße weichen und wurde Anfang der sechziger Jahre abgerissen. (1)



Abb.: Ausschnitt aus einer Karte des buches Hannover-Nord von 1935, Stadtarchiv Hannover

Theaterstück „Der Prozess des Hans Litten“ (Taken at Midnight)

Ein Theaterstück von Mark Hayhurst. Deutsch von Michael Raab

Abends: offene Theatervorstellung für bis zu 120 Personen. Die Uhrzeit steht noch nicht fest; Vormittags: Theaterstück mit 3 Schulklassen und vertiefenden Workshops

Regie: Marcus Kaloff, Ausstattung: Ina Segler mit Marion Elskis, Jochen Gehle, Philip Heimke, Stefan Mehren, Andreas Pospieszny, Andreas Steinke, Stephan Wapenhans
Eine Produktion der Pauken & Poeten Kulturentwicklungsgesellschaft & Marion Elskis



Otto
Brenner
Akademie
Treffpunkt der Generationen e.V.
Kooperation mit der
Hilfsorganisation VVN und LBDA
und dem Theaterhaus Halle



„Der Prozess des Hans Litten“ (2016), Erstaufführung am Staatstheater Nürnberg mit Patricia Litten als ihre Großmutter Irmgard Litten (insgesamt 30 Aufführungen), 2022 weitere Aufführungen (in Sachsen-Anhalt in vier Gedenkstätten. Die Premiere war im KZ Lichtenburg, dem Ort, an dem Hans Litten gefoltert wurde.)



In Kooperation: Otto Brenner Akademie, VVN-BdA, Rote Hilfe e.V.

Hans Litten wird auf seiner schmerzhaften Reise durch verschiedene Konzentrationslager begleitet. Er ist der Anwalt aus Halle (Saale), der 1931 in einem berühmten Prozess Adolf Hitler vernommen und bloßgestellt hat. Diese Demütigung verzeiht Hitler dem jungen Anwalt nie. So lässt er ihn schon 1933, kurz nach seiner Machtübernahme, verhaften. Fünf Jahre später stirbt Hans Litten im Alter von 34 Jahren im KZ-Dachau.

Es ist ein politisches Stück, das auf historischen Tatsachen basiert, gleichzeitig aber auch ein intensives menschliches Drama zeigt: den vergeblichen Kampf einer Mutter – Irmgard Litten – um das Leben ihres Sohnes. Dass Litten und seine Zellennachbarn Carl von Ossietzky und Erich Mühsam bis zuletzt Humor beweisen, zeigt ihre Größe und gibt diesem Stück neben seiner Spannung eine Prise Humor und Hoffnung.

Zu Hans Litten

Vor 120 Jahren wurde Hans Litten geboren. Ein kurzes Leben, 34 Jahre, 7 Monate und 16 Tage. Ein kurzes Anwaltsleben, 4 Jahre und 5 Monate und 1 Tag

Schon in seinem ersten Prozess zeigte er sein Können, seinen Mut und sein Engagement: der pazifistische Anarchist Ernst Friedrich war wegen Beleidigung angeklagt worden – er hatte Gustav Noske in seiner Zeitschrift „Die Schwarze Fahne“ einen »Lump« und »Schurken« genannt. Litten versuchte eine größtmögliche Öffent-

**14.05.
Gedenk-
stätte
Ahlem**

lichkeit zu schaffen und ging offensiv mit Anträgen zur Ladung von Zeugen und Sachverständigen vor, um zu zeigen, dass die Bezeichnungen durchaus zutreffend gewesen wären. Nachdem Ernst Friedrich verurteilt worden war organisierte Hans eine Demonstration, auf der eben diese Sachverständigen sprachen und die reaktionäre Justiz angriffen. Sein Plädoyer, das sich ausführlich mit Noskes Rolle bei der Niederschlagung der Novemberrevolution befasste, veröffentlicht er.

Dieser Stil zog sich durch seine gesamte Tätigkeit als Anwalt: Hans Litten war immer außerordentlich gut vorbereitet, er verstand sein Handwerk und er war äußerst kämpferisch und hartnäckig. Darüber



hinaus versuchte er selbst Sachverhalte zu ermitteln, wie später in den großen Prozessen gegen faschistische Schlägerbanden. Und vor allem: er war parteilich!

Berühmt geworden ist vor allem der Prozess zum Überfall auf das Tanzlokal Eden in Berlin. Ein SA-Rollkommando hatte das überwiegend von linken Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Lokal überfallen. Die Aktion war planmäßig vorbereitet, die polizeilichen Ermittlungen im Anschluss an die Tat verliefen vollkommen unzureichend. In einer großen öffentlichen Veranstaltung vernahm Hans Zeugen zu dem Überfall und vertrat die Nebenklage von verletzten Arbeitern.

In dem Prozess ging es ihm neben der strafrechtlichen Verfolgung der Täter darum, aufzuzeigen, dass solche Überfälle Teil einer Strategie der NSDAP wären um die Republik zu destabilisieren. Damit konnte er die von Hitler kurze Zeit vorher vor dem Leipziger Reichsgericht beschworene Legalität der "Nationalen Revolution" demontieren. Tatsächlich ließ er Hitler vorladen und befragen. In der mehrstündigen Vernehmung entlarvte Litten Hitlers Schutzbehauptungen. Hitler war durch Littens Befragung völlig in die Enge getrieben und aus der Fassung geraten. Diese Blamage hat er Hans nie verziehen.

In der Nacht des Reichstagsbrandes wurde Hans Litten in den frühen Morgenstunden des 28. Februar 1933 verhaftet. Zunächst kam er, wie die gesamte politische Linke Berlins, nach Spandau ins Polizeigefängnis und blieb „als gefährlicher kommunistischer Rädelsführer“ auf Dauer in Haft. Viele der Anderen kamen nach Misshandlungen vorerst wieder frei, Hans Litten von da an nie mehr.

Bis zu seinem Tod war Litten immer wieder schlimmster Gewalt ausgesetzt. Von den Folterungen in den Tod getrieben, erhängt sich Hans Litten am 5. Februar 1938 in Dachau. Die letzte Ruhe fand er auf einem Pankower Friedhof.

Siehe auch: hannover.rote-hilfe.de/vor-120-jahren



Vortrag und Diskussion zu Berufsverboten

Die Jagd ist nicht vorbei – 52 Jahre Berufsverbote



Am 28. Januar 2024 jährt sich zum 52. Mal die Verabschiedung des Radikalenerlasses. Unter Vorsitz von Willy Brandt verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder einen Beschluss, der die Behörden anwies, den Öffentlichen Dienst von so genannten Verfassungsfeinden zu säubern. Betroffen waren Postbot*innen, Lokführer*innen, Verwaltungsbeamt*innen und viele andere. Millionen geheimdienstlicher Überprüfungen, Zehntausende von Verhören und weit über 1500 vollstreckte Berufsverbote waren die Folge. Das Material lieferte der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ (VS).

Es folgte eine mehr als zehn Jahre andauernde Hexenjagd auf radikale Linke, die bis hinein ins linksliberale und sozialdemokratische Lager Opfer forderte. Rechte waren trotz der offiziellen „antixtremistischen“ Begründung des Radikalenerlasses faktisch nie betroffen. Die politische Kultur der BRD wurde durch das so geschaffene Klima von Einschüchterung und Duckmäusertum nachhaltig geprägt, auch wenn die einschlägigen juristischen Bestimmungen nach 1984 nur vereinzelt angewendet wurden.

Um die so genannten Regelanfragen zu allen Anwärter*innen zu bewältigen, wurde der VS zu einem gigantischen und nahezu unkontrollierbaren Apparat aufgebläht. Als gesetzliche Grundlage griffen die Regierenden auf die „Gewährbietsklausel“ des deutschen Beamtenrechts zurück, die aus dem nationalsozialistischen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom Mai 1933 stammt.

Das Ziel aller Aktivitäten gegen alte und neue Berufsverbote muss deswegen auch die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen für diese Form der Repression sein. Bis heute kämpfen zahlreiche Betroffene um Rehabilitation und Entschädigung, bis heute kommen neue Fälle dazu.



22.05.
19.00 h
Buntes Haus
Celle

Lieder sozialer Bewegungen

HannoverSingInternational Lieder sozialer Bewegungen

Pavillon Hannover / workshop e.v.

Treffpunkt: 19:50 Uhr vorm Eingangsbereich des workshop e.v. (Pavillonseite zum Hautbahnhof). Die Veranstaltung findet „Open Air“ in einem geschlossenen Bereich hinter dem Pavillon statt.

Gemeinsames Singen

Holger Kirleis ist Initiator von HannoverSingInternational und in Hannover und darüber hinaus durch vielfältige Aktivitäten als Musiker bekannt. Er studierte an der „Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover“ und der „Akademie für Tonkunst“ in Darmstadt.

HannoverSingInternational ist ein monatliches „Offenes Singen“. Es findet am jeweils ersten Donnerstag des Monats ab Mai jeden Jahres (Sommerpause Juli/August) um 20 Uhr im workshop hannover e. v. / StudentInnen des Studiengangs „Elementare Musikpädagogik“ der „Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover“ (HMTMH), internationale MusikerInnen u. a. aus dem Kontext des „Center for World Music“, Hildesheim, sowie Holger Kirleis (Projektleitung) gestalten maßgeblich die Singabende. Sie leiten meist Musik aus jeweils einem bestimmten



kulturellen Zusammenhang an.

Gemeinsam aktivieren wir unsere Stimmen, verfolgen musikalische Ideen und lernen Lieder unterschiedlicher Kulturen kennen. Notenkenntnisse sind nicht erforderlich. Als Basis reicht ein demokratisches Grundverständnis: Jede*r hat eine Stimme!

Gefördert durch die Landeshauptstadt Hannover – Kulturbüro www.hannoversingin.de. In Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen und den Falken Hannover.

**06.06.
20:00 h
Pavillon**

Einladung zur Begegnung: 25 Jahre Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Hannover

Ausstellungseröffnung 100 Jahre Rote Hilfe

Zur Begegnung anlässlich des 25jährigen Bestehens der Ortsgruppe Hannover der Roten Hilfe e.V.:

Wir danken allen, die uns während dieser Zeit begleitet und unterstützt haben. Wir danken allen, die aktiv in der Ortsgruppe mitgearbeitet haben, und nicht zuletzt danken wir überhaupt allen, die mit ihrer Mitgliedschaft - immerhin über 500 Leute in Hannover und Umgebung - die Arbeit der Roten Hilfe e.V. überhaupt erst ermöglichen.

Es wird ein Programm geben mit Begrüßung, verschiedenen kurzen Redebeiträgen und Musik sowie Snacks, Sekt & Selters...

Wir freuen uns darauf, mit euch allen zusammen ein Vierteljahrhundert Rote Hilfe Arbeit in Hannover zu feiern!

Ausstellungseröffnung 100 Jahre Rote Hilfe

Die Rote-Hilfe-Arbeit ist nicht ohne Brüche verlaufen: Die Rote Hilfe Deutschlands der Weimarer Republik, die zu einer der größten Massenorganisationen der Arbeiter_

innenbewegung herangewachsen war, wurde 1933 von den Nazis in die Illegalität getrieben und schließlich blutig zerschlagen. Erst zu Beginn der 1970er-Jahre entstanden wieder erste Gruppen unter dem Namen „Rote Hilfe“, die sich politisch stark gegeneinander abgrenzten und bald einen Niedergang erlebten. Ende der 1970er-Jahre existierte nur noch die von der KPD/ML gegründete Rote Hilfe Deutschlands, die sich um eine politische Öffnung für brei-

tere Spektren bemühte. Damit hatte sie 1986 Erfolg, als sie sich in Rote Hilfe e. V. umbenannte und damit den Ausgangspunkt der heutigen strömungsübergreifenden Solidari-

tätsorganisation bildete.

„100 Jahre Rote Hilfe: Das ist für uns sowohl die Möglichkeit, die komplexe Geschichte der Roten Hilfe(n) nachzuzeichnen, als auch auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen und sie in dieser Tradition zu sehen. Dabei wollen wir die Neuausrichtungen, Fehler und Brüche keineswegs verschweigen, sondern auf den roten Faden hinweisen, der diese jahrzehntelange Arbeit durchzieht: die strömungsübergreifende Solidarität“



28.06.
17.00 h
Pavillon

Pavillon

Konzert mit der Gruppe „Die Grenzgänger“

Eintritt frei / Spenden sind erwünscht



Die Grenzgänger zeigen, wie Geschichte entsteht: in Konzerten zwischen den Genres, den Generationen und den Zeiten: Mittels verschollener und in Vergessenheit geratener Lieder, die sie unnachahmlich arrangieren und interpretieren, singen und erzählen sie aus der Perspektive der sogenannten „kleinen Leute“, aus Fabrik, Straße und Alltag.

„Die Grenzgänger“ sind eine Band, die in der Tradition

von Liederjan, Hannes Wader oder den österreichischen Schmetterlingen die mündlich überlieferte „Geschichte von unten“ mit ihren Liedern verbreitet.

Bisher erschienen elf CDs, von denen fünf mit dem Preis der deutschen Schallplattenkritik ausgezeichnet wurden, mit aufwändigen Booklets zu den Hintergründen der Lieder. Sie gaben mehr als 2000 Konzerte in halb Europa und diverse Radiokonzerte, unter anderem mit Liedern aus dem Widerstand zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.



**28.06.
20.00 h
Pavillon**



Rolf Becker liest Erich Mühsam

Der Abend wird mit musikalischen Beiträgen von Holger Kirsleis (Piano/ Klangobjekte) unterstützt.

Erich Mühsam war Dichter und Anarchist. Sein Leben war geprägt von dem Bemühen einer Einigung des revolutionären Proletariats. Beteiligt an der Münchner Räterepublik, verbrachte er danach mehrere Jahre in Festungshaft. Erich Mühsam kämpfte in der Weimarer Republik in der Roten Hilfe für die Freilassung



August Sander: Revolutionäre, Alois Lindner, Erich Mühsam, Guido Kopp, 1929

politischer Gefangener als Redner, Publizist und Unterhändler. Er trat aus der Organisation aus, als die Rote Hilfe sich weigerte, die in der Sowjetunion als Konterrevolutionäre verhafteten Sozialrevolutionäre und Anarchisten zu unterstützen. Aus der Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands wurde er wegen seiner Nähe zur KPD ausgeschlossen. Er arbeitete in vielen linken und antifaschistischen Organisationen mit und war einer der eindringlichsten Warner vor der faschistischen Gefahr.

In der Nacht des Reichstagsbrandes wurde Erich Mühsam verhaftet. In der Nacht vom 9. zum 10. Juli 1934 wurde Erich Mühsam im KZ Oranienburg ermordet.

Das Lied „Streit und Kampf“ benennt beispielhaft, worum es in der Roten Hilfe geht: die Organisation von Solidarität über alle ideologischen Grenzen innerhalb der Linken hinaus – ein Ziel, an dem Ernst Mühsam in den 1920er Jahren scheiterte und um das auch heute immer wieder gerungen werden muß.

Zenzl Mühsam kümmerte sich um den Nachlass ihres Mannes und trotzdem sie im Exil in der Sowjetunion nicht gerade gut behandelt wurde, blieb sie in der DDR. Da, wie sie sagte, sie in der BRD nicht zufällig einem der Mörder ihres Mannes begegnen wollte.



Zenzl und Erich Mühsam

05.07.
19.00 h
Pavillon



06.07. Demonstration in Gedenken an Halim Dener

gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.



Wir schreiben das Jahr 2024 - In vielen Regionen der Welt herrscht Krieg – Gaza, Ukraine, Jemen, Kurdistan – die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Regionale und globale Mächte heizen diese Kriege an, ihre Interessen werden genau dort verhandelt, sie liefern die Waffen. Verbrechen und Gewalt gegen Zivilist*innen sind dabei blutiger Alltag, sie kennen viele Gesichter: Folter, Vergewaltigung, Vertreibungen...1000 Gründe zur Flucht.

Wer flieht, trifft auf Zäune, Gräben, Mauern, Gewehrläufe. Wer flieht, ertrinkt, erfriert, verdurstet. Durchgesetzt von den Vereinigten Staaten Amerikas und Europas, die sich mit ihren militärisch hochgerüsteten Grenzregimen zu Festungen gegen den Rest der Welt machen. Den auf Kosten des Rests der Welt erbeutete Reichtum will man nicht teilen - egal ob lokal oder global: Man tritt runter auf die Schwächsten, Armen, Ausgebeuteten.

Wer es dennoch schafft, und die politischen Verhältnisse in Deutschland und weltweit nicht widerstandslos hinnehmen will, macht sich viele Feinde. Man will in diesem Land keine ‚mitgebrachten Konflikte‘, man soll nicht ‚auch noch Ansprüche stellen‘ und für eine andere Welt kämpfen schon gar nicht. Das sei Terrorismus, und so wird es auch verfolgt.

Und wenn es schlecht läuft, fällt das Todesurteil direkt auf der Straße. Ohne Gericht, ohne Verhandlung. Todesursache: Deutsche Polizist*innen. Deren Schießwut ist nicht unglücklichen Umständen oder Überforderung geschuldet, sondern wird seit Jahren trainiert, und die gesetzlichen Hürden dafür immer weiter abgebaut. Dazu kommen die Taten der berüchtigten ‚verwirrten Einzeltäter‘, über die deutsche Behörden lieber nicht zu viel wissen wollen. Die Liste der Namen derjenigen, die in Deutschland durch rassistische Polizeigewalt und rechte

Anschläge getötet wurden, füllt Seiten.

Einer von ihnen starb vor 30 Jahren in Hannover. Sein Name ist unvergessen. Er steht für all jene Zumutungen, von denen hier die Rede ist. Denn sie sind seine Geschichte:

06.07.

Demonstration

HALIM DENER

gefoltert

Anfang der 1990er Jahre kam es zum Aufstand der kurdischen Bevölkerung. Ein Aufstand, der vom türkischen Staat mit Krieg gegen die Zivilbevölkerung beantwortet wurde. 3500 zerstörte und niedergebrannte Dörfer, zerstörte zivile Infrastruktur, mehr als 3 Millionen Zivilist*innen auf der Flucht. Die Waffen für diesen Krieg lieferte Deutschland. Eine Praxis, die erst unterbrochen wurde, als Bilder von deutschen Panzern, mit denen kurdische Aktivist*innen durch die Straßen geschliffen wurden, an die Weltöffentlichkeit gelangten.

Einer von den vielen, deren Heimatdorf niedergebrannt, die in diesem Krieg festgenommen und gefoltert wurden, war der kurdische Jugendliche Halim Dener.

geflüchtet

Und so gehörte Halim Dener zu den mehr als 300.000 Menschen, die seit Ende der 1980er aus Kurdistan nach Deutschland fliehen mussten.

Doch das Land, in das er 1994 floh, war dasselbe Land, das schon Anfang der 1980er Jahre – nach dem Militärputsch – türkische Linke an die Türkei auslieferte. Es war dasselbe Land, in dem es 1992 zu den Pogromen und Anschlägen in Hoyerswerda, Rostock Lichtenhagen und Mölln kam, und dessen Antwort auf diese Eskalation der Gewalt die Einschränkung des Rechtes auf Asyl war.

verboten

Halim Dener floh in ein Land, in dem die Proteste der kurdischen Bevölkerung gegen die Unterdrückung in ihrer Heimat mit einer beispiellosen Hetzkampagne und dem Verbot der PKK und all ihr nahestehenden Organisationen beantwortet wurden. Kurd*innen = PKK = Terrorist*innen war die Gleichung für eine innerstaatliche Feindesklärung, die damals wie heute gegenüber den Kurd*innen, ihren Vereinen, Strukturen und Aktivist*innen gilt, und die ein Klima von Hass und Angst geschaffen hat.

erschossen

Diesen Anfeindungen und Repressionen zum Trotz setzte sich Halim auch in der BRD für die kurdische Bewegung ein. Er plakatierte schon wenige Wochen nach seiner Flucht in Hannover Poster mit dem Emblem der ERNK, des (damaligen) politischen Arms der PKK.

Dabei wurde Halim am 30. Juni 1994 von SEK-Polizisten in Zivil überrascht und bei der Festnahme in den Rücken geschossen. An eben dieser Schussverletzung starb Halim nur wenig später. Sinnbildlich für die Situation der in Deutschland lebenden Kurd*innen wurde der Schütze nach einem drei Jahre andauernden Prozess freigesprochen.



Wir demonstrieren und protestieren angesichts und gegen die Kriege dieser Welt. Wir beobachten, wie fortschrittliche Bewegungen weltweit unterdrückt und bekämpft werden, und wir stellen uns in internationaler Solidarität an ihre Seite. Wir sind nicht bereit, die Abschottungspolitik der Regierenden an den Außengrenzen hinzunehmen. Wir lehnen uns auf gegen die Repression und die Aushöhlung der Grundrechte. Wir sind traurig, zornig, wütend angesichts von rassistischer Polizeigewalt und rechtem Terror. Wir nehmen die Verbotspolitik nicht mehr hin.

Lasst uns überall dort, wo wir dies tun, Halim Dener und seine Geschichte lebendig werden lassen:

In unseren Aufrufen, Flugblättern und Reden. In unseren Liedern und Transparenten. In unsere Kämpfe und pol. Arbeiten.

Lasst uns zusammenkommen am 06.07.2024 in Hannover - zur großen Demonstration zum 30. Todestag von Halim Dener. Lasst uns unsere KÄMPFE VERBINDEN und zeigen, dass die antirassistischen und internationalistischen Antworten auf die Krisen dieser Welt lebendig sind.

Kampagne HALIM DENER – KÄMPFE VERBINDEN im Februar 2024



Lucha Amada im UJZ Korn

Love Music Hate Fascism / Konzert und Party



Das Aquarell *Por la Vida* 'Ji bo jiyane' (Für das Leben) von der Künstlerin Sharon Calman wurde exklusiv für die Kampagne von Lucha Amada angefertigt.

ONKI XIN aus dem Baskenland - das sind Fernando Sapo & DJ DZ. Fernando Sapo, Sänger von legendären Hardcore Punk-Bands wie El Corazon del Sapo, Kuraia oder Estricalla trifft auf DJ DZ von der baskischen Ska-Reggae Institution Esne Beltza, heraus kommt ein Mix aus elektronischen Beats, Funk, 80er Jahre Pop, New Wave und Weltraumromantik. Tanzparty einmal GANZ ANDERS!

„Lucha Amada“ ist ein kleines DJ- und Konzertveranstaltungskollektiv, welches sich seit mittlerweile dreiundzwanzig Jahren der Verbindung von politischer, lebensbejahender und tanzbarer Musik und emanzipativer Kämpfe widmet. Lucha Amada bedeutet „geliebter Kampf“ (span.) und ist durch ein Wortspiel mit „Lucha Armada“ – bewaffneter Kampf entstanden. Der Name steht für die Sehnsucht des Kollektivs nach einem besseren Leben für alle, für die Lust dafür zu kämpfen und die Liebe zur Musik. Ein zündender Funke für die Entstehung von Lucha Amada war die



Rebellion der Zapatistas in Chiapas (Mexiko) im Jahr 1994.

Mehrere Soli-Samplers sind in den Jahren entstanden, der Erlös geht unter anderem an die Zapatistas in Chiapas, an Agua para todas (Trinkwasserprojekte in Chiapas/Mexiko), das Afrique-Europe-Interact Netzwerk, an das feministische Frauendorf Jinwar in Rojava. Die Sampler sind voller Musik von Bands, die etwas zu sagen haben, die sich nicht mit den ungerechten Verhältnissen abfinden, sondern für eine bessere Welt kämpfen und singen, u.a. Cum-bia aus Buenos Aires, Hip Hop aus St Etienne, Latin-Ska aus Mexico-City, Balkan-Punk aus Seattle, Reggae aus Marseille, Patchanka aus dem Baskenland, Jungle-Ska aus Prag,

Im Herbst 2024 werden sie die Übersetzung des Buchs „Antifascistas - Wie die spanische extreme Rechte seit den 1990er Jahren bekämpft wird“ von

Miquel Ramos bei Bahoe Books herausgeben, aber nun kommen sie erstmal nach Hannover zum Feiern!

<https://luchaamada.bandcamp.com>

A Tribute to Punk - compiled by Lucha Amada: <https://atributetopunk.bandcamp.com/>

**06.07.
abends
UJZ Korn**

Antirepressionskneipe

Ermittlungsausschuss Hannover

Im LKA Linden (Fröbelstraße 5, Eingang über den Hinterhof)

**COOL CATS
NEVER TALK
TO COPS**

Schützt dich und andere:
konsequente
Aussageverweigerung!



So toll die Aktion auch gewesen
sein mag: wer dabei war, geht
niemanden was an. Schützt euch
und eure Strukturen!

**COOL CATS
NEVER CLAIM
#FAME**



ermittlungsausschuss.eu

**30.07.
20.00 h
LKA Linden**

Solidarität mit Cuba

Antifaschismus ist international



Das sozialistische Kuba und seine Bevölkerung müssen weiterhin unter einer brutalen US-Wirtschaftsblockade leiden. Die Auswirkungen dieses Wirtschaftskrieges sind weiterhin verheerend und lähmen die wirtschaftliche Entwicklung und damit das tägliche (Über-)Leben und die Träume von Fortschritt und Entwicklung in Kuba. Die US-Regierung will durch diese einmalige wirtschaftliche Abriegelung der Bevölkerung die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nehmen, um dieses Gesellschaftssystem zu zerstören. Auch wenn ihr das nicht gelingen wird: Die Situation Kubas wird durch die mögliche Rückkehr von Rechtspopulisten Trump als Präsident der USA weiter verschärft. Deshalb braucht Kuba unsere verstärkte politische und konkrete Solidarität.

Es gibt also allen Grund, Kuba und seine Situation wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Wir wollen mit unserer Veranstaltung einen kleinen Beitrag dazu leisten.

Tanzen wir die Solidarität!

Die Veranstaltung wird am Samstag, den 17. August 2024 ab ca. 17 Uhr stattfinden. Ort und genaue Zeit der Veranstaltung werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Diese Veranstaltung wird von der Soligruppe Cuba sí mit Unterstützung der Roten Hilfe und der VVN-BdA Hannover und durchgeführt.

Ansprechpartner: Andreas Nolte (hannover@cuba-si.org<<mailto:hannover@cuba-si.org>>)



30.08.
17.00 h
FZH
Vahrenwald



Leonard Peltier

Vortrag * Film * Musik * Diskussion



In einem manipulierten Verfahren wurde Leonard Peltier ohne Beweise abgeurteilt. An den vorgeworfenen Mord zweier FBI Beamten glauben nicht einmal seine ehemaligen Ankläger oder ein ehemaliger US Justizminister. Es gibt seit 42 Jahren nichts, was die Festnahme, die Auslieferung aus Kanada 1976, die Verurteilung und die anhaltende Haft rechtfertigt. Peltier sitzt in Haft, weil er bis heute zu einer kämpfenden Community gehört, die versucht, mit und nicht gegen die Natur zu leben.

In der rassistischen Gesellschaftsordnung der USA wird bis jetzt keine Verantwortung für den Genozid an der indigenen Bevölkerung übernommen. Projekte wie die Black Snake Ölpipeline machen deutlich, dass Menschenleben und Ökologie keine Bedeutung haben, wenn es um Rendite

für Konzerne geht. 2016 in Standing Rock haben Tausende ein deutliches Zeichen gegen die staatliche Gewalt und die kapitalistische Zerstörungswut gesetzt (#NODAPL) und die Freilassung des lebensgefährlich erkrankten Aktivisten Leonard Peltier gefordert, der seit 1976 in Haft ist. Er weiß, dass er nur noch wenig Zeit hat. Er will sie nicht bis zum letzten Augenblick im „Eisenhaus der Weißen“ verbringen.

Zum Weiterlesen siehe: <https://www.leonardpeltier.de/>



Offener Soli-Brief Leonard Peltiers zur Unterstützung der Waldbeschützer*innen im, am und um den Hambacher Wald

Grüße an meine Brüder und Schwestern in Deutschland

Wie ihr wisst, ist in unserer indianischen spirituellen Philosophie die Verbindung zu Mother Earth, also Mutter Natur, wie ihr sagen würdet, ein sehr wichtiges Element. Wir als Menschen sind nur ein Teil jenes heiligen Kreises, der Menschen, Pflanzen, Tiere, Berge, Flüsse, Winde und Regen miteinander verbindet – wir sind alle miteinander verbunden und verwandt. Oder wie es die Lakota sagen: Mitakuye Oyasin – ALL MY RELATIONS.

In dieser Zeit bin ich sehr besorgt über das, was bei Euch in Deutschland im Hambacher Wald geschieht. Wir wissen doch alle, dass die Tage der Kohleenergie zu Ende gehen. Aber Politik und Energiekonzerne zerstören unsere Länder lediglich für ihre Profite – und gegen all ihr Wissen, das diese Energie die Luft vergiftet. Ein 12.000

27. 09.
19.00 h
FZH Linden

Jahre alter Wald darf nicht für Geld gefällt werden. Da ist kein Respekt und keine Achtung gegenüber Pflanzen und Tieren oder gegenüber jenen Menschen, die den Wald verteidigen und schützen. Da ist kein Respekt und keine Achtung gegenüber den Bemühungen Mother Earth zu schützen und so eine gesunde Zukunft für unsere Kinder und Enkel zu sichern.

Ich weiß nicht, was Ihr über mich oder meine Situation wisst, aber ich erinnere mich immer wieder an jenen jungen Mann namens Joe Stuntz, der am 26. Juni 1975 durch das FBI getötet wurde. Wie Eure Waldverteidiger und viele andere zuvor gab er sein Leben im Glauben, dadurch für die Zukunft eine positive Entwicklung für uns Indigene zu bewirken und einige der negativen Statistiken zu beseitigen, mit denen wir Native Americans in ganz Amerika ständig konfrontiert sind. Doch gleich, ob du dein Leben in einem Moment oder in einem Tag gibst, es ist immer ein Leben und sei für diese kostbare Gabe dankbar gegenüber dem Schöpfer.

Ich weiß, dass Ihr, deutsche Aktivisten, mich selbst und andere Indigene seit vielen Jahren bei unseren Bemühungen Mother Earth zu schützen, unterstützt habt, zum Beispiel als Wasserschützer in Standing Rock oder bei unseren Kämpfen gegen Pipeline Projekte in ganz Amerika. Ich weiß, seit Jahrzehnten haben Menschen in Deutschland mich und meine Leute bei der Forderung nach meiner Freiheit unterstützt. Als ein politischer Gefangener bin ich nicht schuldig für indigene Rechte und Mother Earth gekämpft zu haben.

Ich wiederhole meine Solidarität mit Euch und Eurem wunderbaren Wald. Es ist eine Ehre für mich alle Verteidiger und Schützer des Hambacher Waldes zu grüßen. Ich schließe Euch in meine Gebete und mein Herz mit ein. Ich wünsche Euch Erfolg. Wir werden weltweit in unseren Bemühungen zusammen stehen Mother Earth zu schützen und ebenso Menschen gegen Ausbeutung und Zerstörung.

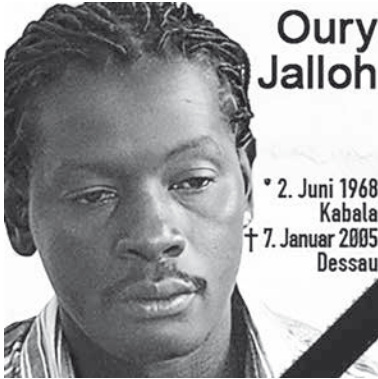
In the Spirit of Crazy Horse, Leonard Peltier 89637-132

Siehe www.leonardpeltier.de/5203-offener-soli-brief-leonard-peltiers



20 Jahre Kampf für die Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh!

Oury Jalloh Mobilisationsveranstaltung



2025 jährt sich der Todestag von Oury Jalloh zum 20. mal!

Am Samstag, dem 7. Januar 2025, ist der 20. Todestag von Oury Jalloh. Vor 20 Jahren wurde Oury rechtswidrig in Dessau in Polizeigewahrsam genommen, körperlich misshandelt, auf einer Matratze fixiert und angezündet.

20 Jahre später liegen alle Beweise auf dem Tisch: Rassistische Polizeibeamte aus Dessau haben Oury getötet und mit Hilfe von Brandbeschleunigern verbrannt! Doch die bundesdeutsche Justiz will weiter vertuschen und weigert sich nach wie vor zuzugeben, was sich nicht mehr leugnen lässt:

Oury Jalloh – Das war Mord!

Oury ist kein Einzelfall und die letzten Jahre haben nachdrücklich gezeigt, dass Polizeibeamte keine Hemmungen haben Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer sozialen oder psychischen Situation zu erschießen, zu ersticken oder sonst wie umzubringen. Wenn der offensichtliche Mord an Oury Jalloh ohne Konsequenzen für die Täter bleibt, weil diese durch Staatsanwaltschaften, Gerichte und Politik geschützt werden, dann ist das auch in Zukunft ihr Freibrief zum Töten!

Damit die Täter nicht davonkommen ist es notwendig, dass wir den Oury Jalloh Komplex auflösen und die Angehörigen und Freund*innen der Opfer ihren Frieden finden können!

Deshalb ist es so wichtig, dass wir unsere Trauer und unsere Wut am 7. Januar 2025 gemeinsam in Dessau auf die Straße tragen!

hannover.rote-hilfe.de/gedenkdemonstration-zum-19-todestag-von-oury-jalloh

hannover.rote-hilfe.de/oury-jalloh-aufruf-zur-gedenkdemonstration-am-7-januar-2023-in-dessau/

<https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>



Es gibt mittlerweile eine Handvoll Bücher zum Thema „Rote Hilfe“. Die Geschichte der Solidaritätsbewegung ist oftmals spannender als gedacht: viele Auseinandersetzungen, die wir heutzutage führen, haben alte Wurzeln, andere sind zwar neu, doch schon in ähnlicher Weise diskutiert worden.

Hier eine kleine Liste der interessantesten Veröffentlichungen:

Ausführlicher, zum Teil mit Rezensionen und Anmerkungen, kann diese Liste eingesehen werden unter:

https://hannover.rote-hilfe.de/zeit-zum-lesen-buecher-fuer-rote-helfer_innen-und-auch-andere/

... zu den Jahren 1968 bis heute

Rübner; „Die Solidarität organisieren? Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968“, 2012

Bambule (Hsg.); „Das Prinzip Solidarität – Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD“, 2013

... zu den Jahren 1919 – 1941:

Brauns; Schafft Rote Hilfe! – Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938)“, 2003

Schneider, Schwarz; Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien“, 2002

Schwarz; „Zu Unrecht vergessen – Felix Halle und die deutsche Justiz“, 1997

IPSO-Geschichtsgruppe; „Rode Hulp (Rote Hilfe) – Die Aufnahme deutscher Flüchtlinge im Groningerland“, 2018

Helm; „Gelebte Emanzipation: Mutige Frauen zwischen Küche, Mutterkreuz und „Rote Hilfe““ 2008

Hering, Waaldijk; „Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa (1900–1960) Wichtige Pionierinnen und ihr Einfluss auf die Entwicklung internationaler Organisationen“, 2013

Hering, Schilde; „Die Rote Hilfe – die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921-1941)“, 2003

Bresler u.a.; „Der Barkenhoff. Kinderheim der Roten Hilfe 1923-1932. Eine Dokumentation zur Ausstellung im Barkenhoff, 1991“

Kerbs; „Gegen Kind und Kunst, eine Dokumentation aus dem Jahr 1927, mit Kinderzeichnungen und Fotos der zerstörten Barkenhoff-Fresken von Heinrich Vogeler“, 1974

Tomin; „Aufbruch bei Nacht. Kinderschicksale.“, 1980

Zelt; „und nicht vergessen — die Solidarität. Aus der Geschichte der Internationalen Roten Hilfe und der Roten Hilfe Deutschlands.“, 1960

Zelt; „Proletarischer Internationalismus im Kampf um Sacco und Vancetti. Unter besonderer Berücksichtigung der Solidaritätskampagne in Deutschland und der Tätigkeit der Internationalen Roten Hilfe.“, 1958

Schwarz; „Internationalistinnen - Sechs Lebensbilder“, 1989



PROLETARIAT KINDEHEIM

**DER BARKENHOFF
KINDERHEIM DER ROTEN HILFE
1923 - 1932**

LANDER
MINIET

Ik segg nicks Ik segg gornix Ik segg nüms ein Wort Ik hold mien Snuut Ik snack nich.

Aussageverweigerung



„Regnet es draußen?“ – „Ich verweigere die Aussage!“; „Wollen Sie eine Zigarette?“ – „Ich verweigere die Aussage!“; „Wollen Sie vielleicht mit jemand anderem sprechen?“ – „Ich verweigere die Aussage!“; „Wie fanden sie das Spiel von Hannover 96 gestern?“ ...

Wer schon mal auf einer Demonstration war, egal ob gegen Kürzungen im Bildungsbereich, gegen die Zerstörung der Welt, oder gegen einen Aufmarsch von Faschisten, wird festgestellt haben, dass die Polizei immer dabei ist. Und es ist ganz unbedeutend, ob das Anliegen „legitim“ oder „gerecht“ ist. Der Ablauf wird dokumentiert, es wird versucht, die Teilnehmenden zu identifizieren und damit Erkenntnisse über die sozialen Bewegungen zu gewinnen. Staatliche Behörden sehen es als eine Gefahr an, wenn Menschen sich organisieren, um die sozialen Verhältnisse zu ändern.

Spätestens bei jeder Ingewahrsamnahme, Festnahme und jedem Strafverfahren wollen Polizei und Justiz neben der Repression gegen Einzelne immer auch Informationen über politische und persönliche Zusammenhänge gewinnen.

Dagegen hilft erst einmal nur, jegliche Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden zu verweigern. Selbst eine Aussage, die vordergründig einen bestimmten Verdächtigen entlastet, verkleinert den Kreis der vielleicht als Verdächtige in Frage Kommenden und ist damit eine indirekte Denunziation eines anderen. Das Prinzip der Solidarität gebietet daher Polizei und Justiz, und schon gar nicht die Geheimdienste, ebenso wenig mit Entlastungsmaterial wie mit irgendwelchen anderen Informationen zu versorgen.

Es gibt keine unverfänglichen Aussagen.

Mehr Informationen dazu unter: www.aussageverweigerung.info



Was tun wenn's brennt

Tipps aus der Praxis für die Praxis

Wer an Demonstrationen oder Veranstaltungen teilnimmt, läuft immer auch Gefahr mit Polizei und Justiz konfrontiert zu werden. Damit diese Begegnung nicht zum Desaster wird, legt die Rote Hilfe e.V. regelmäßig den Rechtshilfeklassiker „Was tun wenn's brennt?“ auf. Dort finden sich viele nützliche Tipps & Tricks zum Umgang mit den staatlichen Repressionsorganen in brenzligen Situationen. Anfeuern mit der Vorbereitung auf eine Demo, über das Verhalten bei Übergriffen, Hausdurchsuchungen und bei Festnahmen bis hin zu den Nachwehen wie Strafbefehlen, Gerichtsverfahren und DNA-Entnahmen sind die wichtigsten Informationen zum Thema zusammengefasst.



ما العمل عند وقوع مشكلة أو اصطدام مع الشرطة

Όταν ο κόσμος καίγεται...

Baskılara karşı ne yapmalı?

«Что делать в случае пожара?!»

Que faire en cas de feu? Garde ton sang-froid!

COSA FARE QUANDO LA SITUAZIONE È CALDA

¿Qué hacer cuando la cosa se pone caliente?

Jak zachowywać się w krytycznych sytuacjach?

„What to do in case of fire“

Eine aktuelle Version von „Was tun wenn's brennt“

ist immer zu finden unter: www.rote-hilfe.de



Das Hans-Litten-Archiv

Ausgehend von der Überlegung, dass die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und die Sozialen Bewegungen in ihren Kämpfen ständig von Widerständen begleitet und von Repression bedroht waren und sind und dass ihre Geschichte somit immer zugleich auch die Geschichte der Solidarität gegen Unterdrückung und Verfolgung ist, soll das Archiv dazu beitragen, dass diese andere Seite des Kampfes um Emanzipation, sowohl um ihrer selbst willen, als auch wegen des Nutzens historischer Erkenntnis für aktuelle Kämpfe, nicht in Vergessenheit gerät.

Internet: www.hans-litten-archiv.de

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archiv

zur Geschichte der staatlichen Repression, Band 1

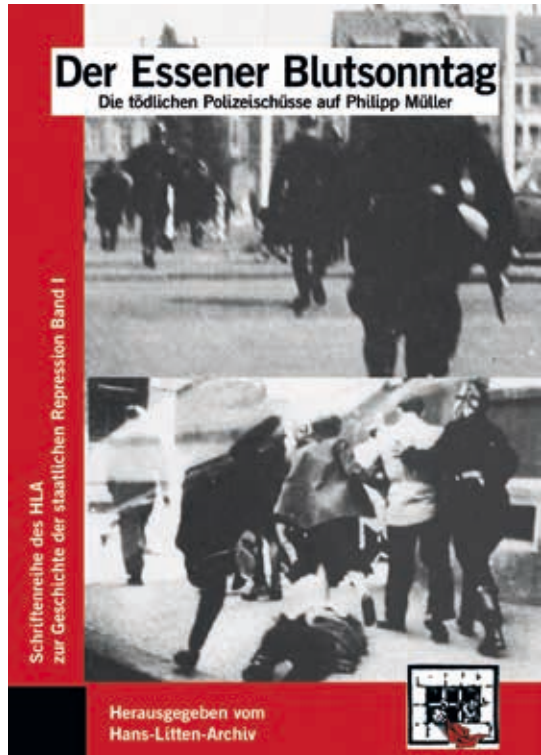


Antimilitarist*innen, und nach dem Aufkommen der Außerparlamentarischen Opposition kamen in Westdeutschland immer wieder politisch Aktive, besonders auf Demonstrationen, durch Polizeimaßnahmen ums Leben. Auch heute sind die Bedingungen, die damals zur Erschießung Philipp Müllers führten, nicht völlig andere. Im Zuge immer schärferer Polizei- und Versammlungsgesetze erleben wir sogar eine Art Rückentwicklung zum repressiven Klima der Adenauer-Ära.

Siehe auch: hannover.rote-hilfe.de/philipp-mueller

Der Essener Blutsonntag – Die tödlichen Polizeischüsse auf Philipp Müller

Anlass der Veröffentlichung ist der 70. Jahrestag der tödlichen Polizeischüsse auf den Friedensaktivisten Philipp Müller vom 11. Mai 1952 in Essen. Er war das erste Todesopfer im Zuge politischer Verfolgung in der BRD. Im Kalten Krieg gab es vielfältige und geradezu massenhafte Repressionen gegen Kommunist*innen und andere



Mitglied werden!



BEITRITTSERKLÄRUNG

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Rote Hilfe e.V.
- Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte den E-Mail-Newsletter der Rote Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet
- Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Rote Hilfe e.V. mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“
- Der Bundesvorstand der Rote Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Rote Hilfe e.V. auf das Konto gegebene Lastschriftform zu erfüllen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungstermin, kann der Kontoinhaber in die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten des/dieses Kontoinhabers und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE4922200000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!

Vorname / Name Neumitglied	_____
Straße / Hausnummer	_____
Postleitzahl / Wohnort	_____
Telefonnummer	_____
E-Mail	_____
Name und Sitz des Kreditinstituts	_____
BIC	_____
IBAN	_____
Datum / Unterschrift Neumitglied	_____

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von

jährlich 90 Euro

anderer Betrag _____ Euro

halbjährlich 45 Euro

anderer Betrag _____ Euro

vierteljährlich 22,50 Euro

anderer Betrag _____ Euro

monatlich 7,50 Euro

anderer Betrag _____ Euro

Ich zahle einen Selbstbeitrag von

jährlich 120 Euro

anderer Betrag _____ Euro

monatlich 10 Euro

anderer Betrag _____ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindestbeitrag für SchülerInnen, Erwerblöse usw. beträgt 5 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Selbstbeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

Eine (passive) Mitgliedschaft in der RH hilft uns sehr, da wir nur durch die regelmäßigen Beitragszahlungen unserer Mitglieder kontinuierliche Antirepressionsarbeit ermöglichen können und somit nicht auf oft ein schwankendes und schwer vorhersehbares Spendenaufkommen angewiesen sind. Wenn du Mitglied werden möchtest, dann bitte folgendes Beitrittsformular ausdrucken und unterschrieben an die angegebene Adresse einsenden oder unser Online-Formular verwenden. Wie wir im Rahmen der Mitgliederverwaltung mit deinen Daten umgehen erfährst du pdfhief. Mitglieder erhalten die 4x im Jahr erscheinende Rote Hilfe Zeitung kostenlos im Abo. Wenn Du außerdem in der Rote Hilfe aktiv mitarbeiten möchtest, melde Dich bitte beim Bundesvorstand oder einer Ortsgruppe/Kontaktadresse

Rote Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
Fax: (05 51) 7 70 80 09

Die Ortsgruppe Hannover der Roten Hilfe e.V.

Was wir tun

Wir geben Tipps und verraten Tricks im Umgang mit den Repressionsorganen zur Vor- und Nachbereitung von Demonstrationen, Was tun wenns gebrannt hat (Vorladungen, Strafbefehle, Anklage ...)...wie wird ein Antrag auf finanzielle Unterstützung durch die Rote Hilfe gestellt, und vieles mehr.

Wir organisieren Veranstaltungen zu allen Themen, die uns zum Bereich Antirepression einfallen und interessant erscheinen.

Wir arbeiten in Bündnissen mit, die sich im Antirepressionsbereich gründen.

Wir bieten Gruppen an, zu ihnen zu kommen und zu gewünschten Aspekten oder ganz allgemein genauer zu informieren und zu diskutieren.

Wir arbeiten in den bundesweiten Strukturen der Roten Hilfe mit.

Wir werben neue Mitglieder, denn die Rote Hilfe ist nur so stark und gut, wie ihre Mitglieder.

Wir sammeln Spenden, denn wir brauchen für Unterstützungen und Öffentlichkeitsarbeit immer Geld.

Wir brauchen immer Leute, die aktiv mitarbeiten und ihre Ideen und Vorstellungen einbringen, sei es auch zeitweilig, sei es für eine bestimmte Aktivität.

Je mehr Leute wir sind,

- desto mehr Veranstaltungen können wir anbieten,
- desto mehr Feste können wir organisieren, um Geld zu sammeln,
- desto mehr Büchertische können wir machen,

- desto präserter können wir auf Demonstrationen und Veranstaltungen sein, um Informationsmaterial zu verteilen,

- in desto mehr Bereichen, in denen das eigentlich notwendig ist, können wir aktiv sein,
- desto mehr können wir damit erreichen, dass unsere Strukturen geschützter sind und Einzelne sich nicht vereinzelt fühlen.

Unterstützt die Rote Hilfe – Seid aktiv für die Rote Hilfe – Werdet Mitglied - Werbt Mitglieder – Sammelt Spenden -

Kontakt

Rote Hilfe Hannover
c/o UJZ Kornstraße
Kornstr. 28/32 | 30167 Hannover

webseite

<https://hannover.rote-hilfe.de/>

Sprechstunden der Roten Hilfe Ortsgruppe Hannover

Beratungen im UJZ Korn*:

Jeden 1. Sonntag im Monat ab 16.00 Uhr

Jeden 3. Montag im Monat ab 19.00 Uhr

zusammen mit dem EA Hannover

* Kornstrasse 28-32, 30167 Hannover – Nordstadt
Haltestelle Kopernikusstrasse





STURMGLOCKE



Forum der iranischen Demokrat*innen und Sozialist*innen - Hannover

Pavillon

Navenda Civaka Demokratik NAV-DEM Hannover



100 Jahre Rote Hilfe

25 Jahre Rote Hilfe e.V. in Hannover

Praktische Solidarität

Solidarische Beratung
Öffentlichkeitsarbeit
finanzielle
Unterstützung

Schafft
Rote
Hilfe!



Rote Hilfe

Ein Solidaritätsverein für alle Linken!

